Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 90. Donnerstag, den 18. April 1918. 25. Jahrg.

Eine Gefahr für Deutschlands Zukunft.

Unsere Annexionisten schreien schon seit langer Zeit immer wieder von neuem frohlockend in die Welt hinaus, daß die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 längst durch die Ereignisse überholt sei, und auch Angehörige der Mehrheitsparteien haben Aeußerungen getan, aus denen hervorgeht, daß sie nicht mehr an der Friedensresolution festhalten. Jetzt hat der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes eine Entschließung angenommen, in der er der Reichstagsmehrheit verkündet, das deutsche Volk verlange von ihrem Pflichtbewußtsein die Preisgabe der Entschließung vom 19. Juli. Der Alldeutsche Verband ist sicher am wenigsten befugt, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, zumal sein wüstes Treiben dem deutschen Volke ganz unabsehbaren Schaden zugefügt hat. Es wäre auch sicher kein Glück für das deutsche Volk, wenn die Alldeutschen das durchsetzten, was sie wollen, und der Gedanke des Verständigungsfriedens völlig in der Versenkung verschwände. Es mag sein, daß viele bürgerliche Abgeordnete für die Friedensresolution nur deswegen gestimmt haben, weil sie glaubten, daß ein vollkommener Sieg in absehbarer Zeit nicht zu erreichen sei und nur ein Verständigungsfriede eine baldige Beendigung des Krieges herbeiführen könne.

Für die Sozialdemokratie aber handelt es sich bei der Frage, ob Gewaltfriede oder Verständigungsfriede, um mehr, und sie hat deswegen gar keine Veranlassung, den Gedanken des Verständigungsfriedens aufzugeben, weil jetzt die militärische Lage für Deutschland eine günstigere ist. Ganz abgesehen davon, daß trotz der gewaltigen Erfolge unserer Heere es durchaus noch fraglich ist, ob wir einmal imstande sein werden, unseren Gegnern einen Frieden nach annexionistischem Rezept zu diktieren. Die Sozialdemokratie hat für die Friedensresolution nicht eines starren Dogmas wegen gestimmt. Es kommt freilich nicht darauf an, daß nach dem Kriege unbedingt jeder Grenzstein an derselben Stelle bleibt, wo er vor dem Kriege gestanden hat. Die Geschichte bietet uns das Beispiel von Annexionen, die durchaus keine schädlichen Folgen gehabt haben. Das Wachstum Italiens zu einem Einheitsstaat, in dem jeder einen historischen Fortschritt sehen wird, ist von Annexionen begleitet gewesen. Hier haben gewaltsame Angliederungen von Ländern stattgefunden, die von der Bevölkerung der beteiligten Gebiete zum größten Teil freudig begrüßt wurden und die keine Revanchegelüste hinterlassen haben. Das aber ist klar, würden bei einem Friedensschluß die Wünsche unserer Annexionisten erfüllt, würden wir Longwy und Briey von Frankreich abtrennen, würden wir Belgien nicht wieder freigeben, so könnten das uns unsere Gegner jahrzehntelang nicht vergessen, und das wäre für Deutschland eine schwere Gefahr. Unsere Eroberer bilden sich ein, man könnte Deutschland durch Gebietserweiterung vor den Gefahren künftiger Angriffe schützen. Das aber ist ein sehr törichter Glaube. Die Sozialdemokratie hielte es für ein Unglück, wenn auch in Zukunft die Beziehungen der Völker wieder auf Drohung und Gewalt aufgebaut wären. Deshalb will sie einen Frieden, der einer Versöhnung und Verständigung der Völker die Wege ebnet. Der Gedanke, daß sich Deutschland durch Eroberungen für die Zukunft sichern könnte, ist geradezu wahnsinnig.

Deutschland, das infolge seiner geographischen Lage zwischen große Staaten eingekeilt ist, muß wünschen, daß in Zukunft zwischen ihm und seinen Nachbarn freundschaftliche Beziehungen herrschen.

Deutschland mag beim Friedensschluß so viel annektieren, wie unsere Annexionisten wünschen, die ihm heute gegenüberstehenden Weltreiche Rußland und England bleiben so große Staaten, daß sie immer wieder für Deutschland eine Gefahr werden können. Sie verfügen über ein sehr viel größeres Gebiet als Deutschland und über weite Strecken Land innerhalb der gemäßigten Zone, die heute zum Teil noch dünn bewohnt sind, auf denen aber eine wesentlich dichtere, auf europäischer Kulturstufe stehende Bevölkerung wohnen kann. Wenn nicht alles täuscht, so werden sie in einigen Jahrzehnten Deutschland unter allen Umständen an Bevölkerung weit überlegen sein, als das jetzt der Fall war, und sie werden dann noch gewaltigere Heere auf die Beine bringen können, als dieses Mal. Ob es dann Deutschland noch möglich sein wird, dem Einfall der feindlichen Heere zu widerstehen, ist zum mindesten zweifelhaft. Gerade von alldeutscher Seite werden immer wieder die hervorragenden Leistungen unserer Heerführer gepriesen und zweifellos haben wir neben der Tüchtigkeit unseres Volkes und unserer Soldaten unsere großen militärischen Erfolge der hervorragenden Begabung unserer leitenden Generale zu verdanken. Gewiß ist es nicht nur ein Zufall, daß gerade Deutschland so hervorragende militärische Führer hat. Der Geist systematischer wissenschaftlicher Arbeit, der bei uns allenthalben herrscht, mag besonders geeignet sein, die Herausbildung hervorragender Militärs zu ermöglichen. Aber die Sicherheit haben wir keineswegs, daß auch in einem künftigen Kriege die Gegner nicht nur ein zahlenmäßig überlegenes Heer, sondern auch die bessere militärische Führung haben. Was aber soll dann aus Deutschland werden? Deswegen muß im Interesse des deutschen Volkes alles aufgewendet werden, um beim Friedensschluß die Anbahnung guter Beziehungen mit unseren jetzigen Gegnern vorzubereiten.

Wir Sozialdemokraten sind es aus der Zeit vor dem Kriege gewöhnt, als vaterlandslose Gesellen hingestellt zu werden und auch jetzt wieder tun die alldeutschen Mannen so, als wenn sie allein das echte und wahre Deutschtum gepachtet hätten. Haben es doch die Getreuen der Reventlow und Tirpitz fertig gebracht, sich die tönende Firma Vaterlandspartei zuzulegen. Aber ebenso wie der Internationalismus der Sozialdemokratie nie im geringsten im Widerspruch stand zur Liebe zum eigenen Land und Volk, die wir Sozialdemokraten stets mindestens ebenso gut empfunden haben wie die alldeutschen Maulhelden, so können wir auch der sicheren Ueberzeugung sein, daß wir mit unserem Kampf für einen Verständigungsfrieden dem Wohle des deutschen Volkes dienen. Ein Friede nach annexionistischen Wünschen kann zu leicht über kurz oder lang zu einem neuen Zusammenschluß unserer Gegner führen und kann so geradezu den Untergang Deutschlands vorbereiten. Die denkbar beste Sicherung unseres Landes für die Zukunft ist ein Friede der Versöhnung und des Ausgleichs, wie ihn die Sozialdemokratie erstrebt.

Die Baltenfrage.

In alldeutschen Blättern, wie auch in einer Zuschrift aus Riga an uns wird immer darauf hingewiesen, daß das baltische Volk den Anschluß an Deutschland wünsche. Wir haben demgegenüber wiederholt darauf hingewiesen, daß das Volk hierüber bisher gar nicht gefragt worden ist und daß aus diesem Grunde auch gar nicht von einem Willen des baltischen Volkes, sondern nur von dem einer interessierten Oberschicht gesprochen werden könne. Eine Illustration für die Richtigkeit dieser Auffassung finden wir in einem Bericht, den der Kopenhagener Korrespondent der „Frankf. Zeitung“ in dem ersten Morgenblatt vom 14. April gibt. Der Korrespondent schreibt über die Stimmung der Esten folgendes:

„Der estnische sozialistische Abgeordnete Martha, Mitglied der estnischen Delegation, die sich augenblicklich in Skandinavien aufhält, erklärte mir folgendes über die gefühlsmäßige Stellung der Estländer gegenüber Deutschland: „Wenn man den Esten nachsagt, sie seien nicht deutschfreundlich, so darf dies nicht die falsche Vorstellung erwecken, als ob wir deutschfeindlich seien. Dem deutschen Volk und dem Deutschen Reich bringen wir volle Achtung und Hochschätzung entgegen. Wir schätzen die deutsche Kultur, deutscher Ordnungssinn dient uns zum Muster, deutsche Wissenschaft, deutsche Forschung werden von uns hochgeehrt. Wenn jemand von uns eine Reise nach Deutschland antritt, sei er Künstler, Schriftsteller, Arzt usw., so sagt man, er sei gereist, um sich zu vervollkommnen. Kenntnis der deutschen Sprache und Literatur sind bei uns verhältnismäßig sehr verbreitet. Finden sich dennoch bei uns Antipathien, so richten sich diese gegen den **baltisch-deutschen Adel** und die **in seiner Gefolgschaft gegen uns auftretende baltisch-deutsche Bourgeoisie. Dieser Adel hat uns seit Jahrhunderten bedrückt. Die Reaktion des Zarismus war ihm oft nicht weitgehend genug.** Dieser Adel war politisch und wirtschaftlich rein mittelalterlich bevorrechtigt, wie der französische Adel vor der großen Revolution. Uebrigens hat er **früher keine Gelegenheit unbenutzt gelassen, dem Zaren und seinen Getreuen zu erklären, daß es in ganz Rußland niemanden gäbe, der dem Zarenhause so treu und ergeben sei, wie gerade der deutsch-baltische Adel.** Das estnische Volk glaubt mit Recht hoffen zu dürfen, daß die **freigesinnten deutschen Kreise nicht gesinnt sind, eine fernere Unterdrückung der estnischen Bevölkerung durch den baltischen Adel zu unterstützen.** Es kann kein Zweifel darüber sein, daß das estnische Volk ohne die traurigen Erfahrungen, die es mit dem baltischen Adel gemacht hat, volles Zutrauen zum Deutschen Reich haben würde, wenngleich es auch in diesem Falle eine **völlige Angliederung Estlands an Deutschland nicht als wünschenswert ansehen würde.**“

Wir wollen dieser beachtlichen und zweifellos die Stimmung des estnischen Volkes richtig wiedergebende Stimme nichts hinzufügen; sie spricht für sich selbst.

Die neuen Steuervorlagen.

1. Das Branntweinmonopol.

Aller erzeugter Branntwein ist an die Monopolverwaltung abzuliefern. Wo ausnahmsweise den Brennern die Rückbehaltung des Branntweins gestattet wird, müssen sie den Branntweinaufschlag zahlen. Die Kontingentierung und der Durchschnittsbrand bleiben bestehen. Das neu zu errichtende Monopolamt besteht aus der Verwaltungsabteilung und der Geschäftsabteilung. Letztere ist die bisherige Spirituszentrale. Dazu tritt ein Beirat aus 20 Mitgliedern, und zwar: 5 Mitglieder des Bundesrats, 5 Mitglieder des Reichstags, 5 landwirtschaftliche Brenner, 5 von der Monopolverwaltung vorgeschlagene Vertreter der gewerblichen Brennerei. Die Verkaufspreise sind so festzusetzen, daß dem Reiche nach Abzug aller Kosten eine Reineinnahme für einen Hektoliter von 800 Mk. verbleibt. Der Preis für Trinkbranntwein ist teuer, für gewerblichen Branntwein billig. Die Monopolverwaltung wird auch die einfacheren Trinkbranntweine herstellen, die Destillateure werden abgefunden. Bei der Herstellung von Markenbranntwein ist noch eine besondere Abgabe von 1 Mk. für den Liter zu bezahlen.

2. Biersteuergesetz.

Die Biersteuer bedeutet den Uebergang zur Fabrikatssteuer unter Einführung der Kontingentierung. Die Steuersätze sind je nach der Größe der Brauerei von 10 Mk. bis 12,50 Mk. für den Hektoliter gestaffelt.

Die Steuersätze ermäßigen sich für Einfachbier und erhöhen sich für Starkbier je um die Hälfte. Der Bundesrat bestimmt, welche Biere als Einfachbier und als Starkbier zu gelten haben.

3. Weinsteuer.

Die Weinsteuer wird erhoben beim Hersteller oder Händler, wenn der Uebergang zum Verbraucher stattfindet. Sie beträgt 20 Prozent vom Werte. Ein Weinprüfungsamt stellt in Zweifelsfällen den Wert fest. Es ist Nachbesteuerung für Weine der letzten 3 Jahre vorgesehen.

4. Schaumweinsteuergesetz.

Die bisherige Staffelung von 1 Mk. bis 3 Mk. wird durch den einheitlichen Satz von 3 Mk. ersetzt.

5. Gesetz, betreffend Besteuerung von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken sowie die Erhöhung der Zölle für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade.

Die Sätze für Mineralwässer, Limonaden und konzentrierte Kunstlimonaden sind gestaffelt von ½ Pfg. bis 1,20 Mark, je nach Raumgehalt der Gefäße. Der Kaffeezoll wird auf 130 Mk. für einen Doppelzentner, der Zoll für Kakaobohnen auf 50 Mk., für Tee auf 220 Mk., für Schokolade auf 140 Mk. für den Doppelzentner festgesetzt.

6. Gesetz betreffend Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

Abweichend von den bisherigen Sätzen wird das Porto in Zukunft betragen: für Briefe bis 20 Gramm im Ortsverkehr 10 Pfg., für Briefe bis 250 Gramm im Ortsverkehr 15 Pfg., für Fernpostkarten 10 Pfg. Ferner sind Erhöhungen vorgesehen für Drucksachen, Geschäftspapiere, Pakete usw. Die Telegrammgebühren werden auf 8 Pfg. für das Wort erhöht. Von der Reichsabgabe befreit bleiben unter anderem Pressetelegramme. Auch die Fernsprechgebühren werden um 10 Prozent erhöht werden.

7. Gesetz über die Kriegssteuer der Gesellschaften für das vierte Kriegsgeschäftsjahr.

Die Gesellschaften waren schon früher gesetzlich verpflichtet worden 60 Prozent des im vierten Kriegsjahre erzielten Mehrgewinns als Sonderrücklage in ihre Bilanz einzustellen. Das Gesetz setzt eine Abgabe von 60 Prozent des Mehrgewinnes fest. Der Abgabesatz ermäßigt sich jedoch staffelweise um 10 bis 50 Prozent, je nach der Höhe des Mehrgewinnes und der Höhe der Dividende.

8. Gesetz zur Aenderung des Reichsstempelgesetzes.

I.

Kauf- und Anschaffungsgeschäfte in Wertpapieren werden verschieden besteuert, je nachdem der Käufer ein gewerbsmäßiger Effektenhändler oder ein Privatmann ist. Das Privatpublikum hat die höheren Sätze zu zahlen. Die Sätze betragen: a) bei Kriegsanleihen zwei Zehntel vom Tausend bezw. ein Zehntel vom Tausend. Geschäfte in Kriegsanleihen werden am niedrigsten besteuert. b) Andere Reichs- und Staatspapiere vier Zehntel vom Tausend bezw. zwei Zehntel vom Tausend. c) Ausländische Staatspapiere, in- und ausländische Gemeindeschuldverschreibungen, in- und ausländische Pfandbriefe sieben Zehntel bezw. drei Zehntel vom Tausend. d) Sonstige Renten und Schuldverschreibungen ein vom Tausend bezw. vier Zehntel vom Tausend. e) Aktien, Kuxe usw. drei vom Tausend bezw. fünf Zehntel vom Tausend. f) Ausländische Banknoten, Papiergeld und Geldsorten einheitlicher Satz zwei Zehntel vom Tausend.

II.

Besteuerung von Geldumsätzen (Depositen und Kontokorrentsteuern). Die Steuer wird erhoben von den Zinsen, die der Bankier zahlt. Die Steuer ist gestaffelt von fünf vom Tausend bei Beträgen bis zu 50 000 Mk. und bei größeren Beträgen von den ersten 50 000 Mk. ab bis zu 4 Proz. bei Beträgen über 3 Millionen.

III.

Erhöhung des Stempels bei Gesellschaftsverträgen von 4½ auf 5 vom Hundert.

9. Gesetz zur Aenderung des Wechselstempelgesetzes.

Die Sätze betragen für Wechsel unter 250 Mk. 15 Pfg., von 250 Mk. bis 500 Mk. 30 Pfg., von 500 Mk. bis 750 Mk. 45 Pfg., von 750 Mk. bis 1000 Mk. 60 Pfg., für jede weitere 1000 Mk. 60 Pfg. mehr.

10. Umsatzsteuergesetz.

Der Steuer unterliegen nicht nur die Waren, sondern auch die Leistungen; die bisherigen Befreiungen des Warenumsatzsteuergesetzes bleiben erhalten. Die Steuer beträgt 5 vom Tausend. Außerdem werden mit einer besonderen Luxussteuer belegt: a) Edelmetalle und Edelsteine, b) Kunstwerke, c) Antiquitäten, d) Photographische Handapparate, e) Flügel, Klaviere, Harmoniums und mechanische Spielwerke, f) Handwaffen, g) Motorfahrzeuge für Land und Wasser, h) Teppiche, i) Pelzwerke. Der Steuersatz beträgt für Edelmetalle und Edelsteine 20 Proz., für die übrigen 10 Proz. vom Werte.

11. Entwurf eines Gesetzes gegen die Steuerflucht.

Zur Verhinderung der Steuerflucht (Personenflucht) wird die Verpflichtung zur Steuerzahlung für die Personalsteuer auf 5 Jahre nach Verlegung des Wohnsitzes erstreckt. Vor der Abwanderung ist Sicherheit zu leisten (20 Prozent des Vermögens). Wer die Steuer hinterzieht, wird mit Frau und Kindern expatriiert. Zahlt er die Steuer später nach, erlangt er seine Staatsangehörigkeit wieder.

12. Der Bierzoll.

Der Bierzoll wird erhöht in Gefäßen über 15 Liter auf 19,35 Mk., unter 15 Liter auf 25 Mk.

Die Erträge bezw. Mehrerträge werden geschätzt in Millionen Mark: Kriegssteuer der Gesellschaften 600, Börsensteuer usw. 214, Umsatz- und Luxussteuer 1000, Erhöhung der Postgebühren 125, Branntweinmonopol 650, Biersteuer 340, Weinsteuer 105, Schaumweinsteuer 20, Mineralwässer 50, Zoll auf Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade 75.

*

Das ist ja ein ganz nettes Steuerbukett, das uns hier überreicht wird. Manche dieser Steuern werden wieder direkt oder indirekt die breiten Massen des Volkes belasten und deren Lebenslage, die ohnehin schon schwer genug ist, noch mehr erschweren. Wir behalten uns vor, auf diese Angelegenheit noch näher zurück zu kommen.

Die Kämpfe im Westen.

Die gestrigen Berichte der Obersten Heeresleitung führten uns wieder in jenes Gebiet, wo im Vorjahre überaus blutige Kämpfe stattfanden, in die Gegend östlich von Ypern. Während der Tagesbericht bereits die Einnahme von Paschendaele meldete, verzeichnet der Abendbericht, daß auch Poelkapelle und Langemark genommen sind. Das alles sind Namen, an die sich für manche Familie traurige Erinnerungen knüpfen. Wie die Engländer melden, sind deren Truppen von den Stellungen östlich von Ypern auf eine neue Linie ohne Behinderung von den Deutschen zurückgenommen worden. Ob resp. wie lange sie sich auf dieser neuen Linie halten werden, steht dahin: Eine offizielle Reuternote aus London besagt, der Feind verwende an der englischen Nordfront fortgesetzt frische Truppen, um die Kraft seines Angriffes aufrecht zu erhalten. **Auch die Briten verstärken ihre Kräfte.**

*

Der deutsche Abendbericht.

WTB. Berlin, 17. April, abends. (Amtlich.) Auf dem Kampffelde der vorjährigen Flandernschlacht wurden Poelkapelle und Langemark genommen.

Was der Krieg bringt.

Die diplomatischen Beziehungen mit Rußland.

Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten in Moskau teilte der deutschen Regierung mit, daß es dem Eintreffen einer deutschen diplomatischen Abordnung in Moskau entgegensehe. Alle Anordnungen für den Empfang wurden getroffen. Die russische Regierung stellte für den Grafen Mirbach bereits ein Haus in Moskau zur Verfügung und wird die Mission, welche morgen Berlin verläßt, an der russischen Grenze mit einem Extrazug abholen lassen.

Die Kämpfe in Finnland.

Das finnische Hauptquartier meldet vom 15. 4.: Ein Schärenbataillon unter Führung des Leutnants Grafen Ehrensvärd besetzte Åbo und nahm die dortigen russischen Truppen gefangen. Die roten Garden räumen die Küstengegend zwischen Hangoe und Nystad und ziehen sich schnell nach dem Innern des Landes zurück. An der tavastländischen Front fortgesetzte lebhafte Gefechtstätigkeit bei Lampaeaelse und Asikkala. Der Kirchhof an dem westlichen Ufer des Paejanne wurde von unseren Truppen besetzt. In Savolaxs und Karelien fortgesetzte Gefechtstätigkeit.

In einer Meldung der „Times" aus Stockholm über die Besetzung von Helsingfors heißt es: Es sieht jetzt aus, als ob ganz Südfinnland bald von den roten Garden gesäubert werden wird. In Finnland ist man der Ansicht, daß die weißen Garden Petersburg mit Hilfe der Deutschen besetzen werden.

Man sieht hieraus, zu welchen Auffassungen das deutsche Eingreifen in Finnland führt.

Friedensverhandlungen Großrußland-Ukraine.

Wie die „Iswestija" des Petersburger Arbeiter- und Soldaten-Rates vom 9. ds. Mts. melden, haben die Friedensverhandlungen zwischen der Räte-Republik und den Vertretern der ukrainischen Rada am 8. April in Smolensk begonnen.

Eine unabhängige Republik Kasan.

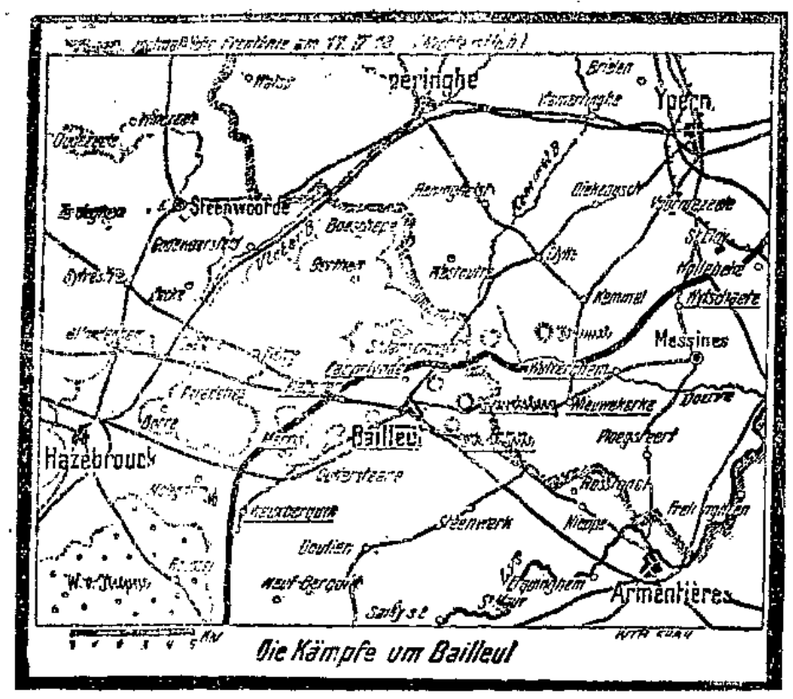
Wie die Neue Korrespondenz über Paris aus Petersburg erfährt, hat der Kongreß der Bauerndelegierten von Kasan dieses Gouvernement als unabhängige Republik proklamiert, und den Rat der Volkskommissare von diesem Schritt unterrichtet.

Fortdauernde Beschießung von Paris.

Nach einer amtlichen Pariser Havasmeldung feuerte das weittragende Geschütz am 16. April wiederum auf die Gegend von Paris. Es gab 13 Tote und 45 Verwundete.

Bolo standrechtlich erschossen.

Bolo ist gestern morgen 6 Uhr in Vincennes erschossen worden. Die neue Untersuchung, die infolge der Enthüllungen Bolos eröffnet wurde, war Dienstag beendet worden.



Seine „Enthüllungen" haben ihn also nicht vor dem Tode gerettet. Vielleicht aber hat er andere Menschen noch verdächtigt und sie dadurch unglücklich gemacht.

Lloyd George über die irische Frage und den Endsieg.

In Beantwortung Dillons erklärte Lloyd George im Unterhaus: Die Anwendung des Dienstpflichtgesetzes auf Irland könne billigerweise nicht mit dem Versuch verglichen werden, den amerikanischen Kolonien Steuern gegen ihren Willen aufzuerlegen, weil es sich in diesem Falle um eine Besteuerung ohne Vertretung handle. Ferner sei bei keiner Selbstverwaltungsmaßnahme, die von irgend einer verantwortlichen Gruppe, welche Irland in diesem Hause vertrete, gefordert wurde und bis jetzt jemals danach gestrebt worden, daß die Fragen, welche die Organisation des Heeres und der Flotte sowie des Landes und die Reichsverteidigung angehen, einem anderen Parlament zur Entscheidung überlassen werden sollten als dem Reichsparlament. Die Forderung, daß zunächst Zustimmung der Iren erlangt werden soll, können mit demselben Rechte für Wales und Schottland geltend gemacht werden, aber diese hielten es nicht für eine Schmälerung des Selbständigkeitsgefühls ihrer Rasse, dem Reiche, dessen Bürger sie sind, das Recht zu übertragen, alle Maßnahmen zur Vermehrung der Kräfte, die der Verteidigung des Reiches dienen, im Namen des Reiches durch Reichsvertretung zu erzwingen. (Beifall.) Mit Bezug auf die Behauptung Dillons, daß der Krieg hätte erfolgreicher geführt werden können, möge daran erinnert werden, daß **innerhalb der letzten 18 Monate einer unserer größten Verbündeten, der über eine Armee von fünf bis sechs Millionen Mann verfügt, aus dem Kriege ausgeschieden ist. Man könne schwerlich behaupten, daß die gegenwärtige Regierung für den Bolschewismus in Rußland verantwortlich sei.** Lloyd George erklärte dann: Die Regelung der irischen Frage ist nicht nur für Irland, sondern auch für das Reich eine Angelegenheit von vitalem Interesse. Es wäre im Interesse unserer Leistungsfähigkeit und im Interesse der Mobilisierung unserer Kräfte wünschenswert, daß wir die irische Frage regeln und irgendwie **Zufriedenheit in Irland** sowie das **Wohlwollen Amerikas** erreichen würden. Es gäbe keinen in der Regierung, der nicht im stillen überzeugt sei, daß es besser für sein Land und deshalb besser für die Alliierten sei, wenn die Frage geregelt würde. Bei der Einführung des Mannschaftsgesetzes habe die Regierung an nichts anderes gedacht, als an die **besten Mittel, den Krieg fortzusetzen.** Sie stand vor der Notwendigkeit, mehr Mannschaften ausheben zu müssen. Wir hatten daher unsere Vorbereitungen zu treffen. Deshalb mußten wir so drastische Maßnahmen einführen. Niemand, der die schwierige Lage übersieht, kann einen Augenblick zweifeln, daß diese Vorschläge notwendig seien, um der Notlage zu begegnen. Die Maßnahme sei sehr weitreichend und würde eine **lähmende Wirkung** auf gewisse Industrielle haben. Die Regierung hat **Irland nur widerwillig eingeschlossen,** nur deshalb, weil sie überzeugt war, daß es ungerecht sei und Unwillen hervorrufen würde, wenn diese drastische Maßnahme eingeführt würde, ohne daß in Irland die Dienstpflicht eingeführt würde. Lloyd George erklärte weiter: Das war die Lage, aber nicht die ganze Lage. Eine irische Konvention war gebildet worden. Sie hat ihren Bericht erstattet. Was sollte die Regierung antworten? Lloyd George erinnerte an die Mitteilungen bei der Einführung des Gesetzes, daß **Schwankungen zwischen Hoffnung und Verzweiflung eintreten würden und sagte, man wird noch öfters beides fühlen.** Er fuhr fort, aber ich bin doch voll von **Vertrauen.** Ich sprach gerade einen General, der von der Front zurückgekehrt. Er erzählte mir, daß er Generale, die im Kampfe standen, sah. Er habe volles Vertrauen. (Lauter Beifall.) **Wir verloren Gelände, aber wir verloren nichts, wovon unser Leben abhängt.** Das ist nicht nur die Ansicht unserer Generäle, das ist auch die Ansicht unseres Generals Foch, der ebenso ruhig und ebenso vertrauensvoll ist. Der General, den ich sprach, sah auch ihn an diesem Nachmittage. Er hat absolutes Vertrauen. (Beifall.) **Der Feind zielt auf die Vernichtung der britischen Armee.** Er fühlt, daß, wenn er nur diese Armee beseitigen kann, der Weg zum Siege frei werde, aber er beseitigte diese Armee noch nicht. Er brachte, wie ich leider bekennen muß, **der englischen Armee schwere Verluste bei. Aber die Verluste sind nichts im Vergleich zu denen, die er erlitt.** Die französische Armee ist unversehrt, **die amerikanische kommt in großen Massen.** Die Stimmung mag hoffnungsvoll sein oder mag verzweifelt sein, wenn wir nur fest entschlossen zusammenstehen, wenn wir nicht der Furcht oder der Panik nachgeben, wenn wir nur bereit sind, alle Maßnahmen zu ergreifen, wenn alle Parteien in England, ja in England und Irland zusammenstehen, **wenn die Iren in Irland mit den Iren, die zu Millionen übers Meer kommen, diesen Kampf vereint mit den englischen Truppen kämpfen. Wenn wir dies tun, dann werden wir endlich siegen.** (Lauter Beifall.) — Lloyd George verließ dann unter großem Beifall das Haus.

Bevor Lloyd George seine Mitteilungen über die militärische Lage machte, sagte er, die **amerikanische öffentliche Meinung** trete für die Berechtigung des Mannschaftsgesetzes unter der Voraussetzung ein, **daß Irland die Selbstverwaltung** angeboten würde. Es sei **eine Lebensfrage für England** in seiner gegenwärtigen Lage. **Amerika müsse England** in einer der bemerkenswertesten Entscheidungen, die je von der Regierung getroffen worden seien, **helfen.** Wilsons Entscheidung sei nicht leicht gewesen, aber sie sei der einzige Weg, auf dem Amerika in dieser Schlacht praktischen Beistand leisten könne. Lloyd George sagte, er sei sicher, **daß in dem jetzigen kritischen Augenblick nichts mehr dazu beitragen würde, die volle Hilfe Amerikas zu sichern, als der Entschluß des englischen Parlaments, Irland die Selbstverwaltung zu gewähren,** wie sie die vernünftige öffentliche Meinung in Amerika befriedigen würde. Er glaube, England könne das tun. Die Regierung sei deswegen nach dem Bericht der irischen Konvention zu dem Schluß gekommen, **daß die irische Selbstverwaltung eine wesentliche Kriegsmaßnahme sei.** Mit Rücksicht auf die Mitteilung von Barnes, daß die Regierung, wenn es möglich sei, das Homerulegesetz durchsetzen werde, könne die Regierung nach alledem nur das Gesetz einbringen und ihre ganze Macht und ihren ganzen Einfluß anwenden, um es durchzusetzen. Wenn die Regierung es als wesentliche Kriegsmaßnahme betrachte und es nicht durchbringen würde, dann sollten diejenigen, die dafür verantwortlich sind, daß es nicht zur Ausführung komme, gerechterweise die Verantwortung für die weitere Führung der Geschäfte übernehmen. Es wäre unmöglich, den Schwierigkeiten Englands zu begegnen, ohne ein einziges Land hinter sich zu haben. Aber man könne verlangen, daß eine jede Partei der Gerechtigkeit Genüge geschehen lasse. Man werde nicht nur die Iren drängen, ihren vollen Anteil an den Kriegslasten auf sich zu nehmen, sondern ihnen den Grundsatz der Selbstbestimmung sichern, für den England auf jedem Kriegsschauplatze kämpfe. (Lauter Beifall bei den Nationalisten.) Lloyd George fuhr fort: Wir sind für diesen Grundsatz in den Krieg gezogen. Wir haben uns nie von ihm losgesagt. Ich hoffte, wir würden ihn auf der Friedenskonferenz erzwingen können. Wenn die Iren das Gesetz ablehnen, so tun sie das auf ihre Verantwortung. Die Regierung kann unmöglich den Widerstand gegen Homerule als Mittel benutzen lassen, um die Dienstpflicht zu Fall zu bringen, und das ist der Grund, weswegen jede Maßnahme für sich genommen werden muß.

Der Vorschlag, die Dienstpflicht in Irland nicht einzuführen, wurde mit 296 gegen 123 Stimmen verworfen und das Gesetz **in dritter Lesung mit 301 gegen 103 Stimmen angenommen.** Asquith und seine Anhänger enthielten sich der Abstimmung.

Auch aus diesen Ausführungen geht unzweideutig hervor, in welcher schwierigen Situation sich England befindet. Aber wir sind nicht Optimisten genug, anzunehmen, daß die englische Regierung dieser Schwierigkeiten nicht Herr wird. Sie wird die zweifellos recht großen Widerstände beseitigen und auch Irland in den Strudel des Krieges hineinreißen. Bezeichnend ist übrigens das Zugeständnis, daß die englische Regierung auf Anraten Wilsons den Irländern das Zuckerbrot der Selbstverwaltung geben will, um die Peitsche der Rekrutierung den Iren weniger fühlbar zu machen. Aus sich selbst heraus konnte sich die englische Regierung anscheinend zu diesem Schritte nicht aufraffen.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien, 17. April. (Amtlich.) An zahlreichen Stellen der italienischen Front wurden feindliche Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 17. April. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um die Azoren wurden von einem unserer U.-Boote in den letzten Wochen 5 Dampfer und 2 Segler versenkt. Hiervon waren bewaffnet der griechische Dampfer „Kithira" von 2240 Brutto-Registertonnen und der französische Dampfer „Qued Sebou" von 1540 Brutto-Registertonnen. Auf letzterem befanden sich 150 Soldaten. Die Geschütze — je eine 9- und 7-Ztm.-Kanone — wurden erbeutet. Die für unsere Feinde bestimmten Ladungen waren besonders wertvoll. Sie bestanden aus Palmöl, Palmkernen, Erdnüssen, Baumwolle, Gummi, Wachs, Eisen und Stahl. Das U-Boot hat 27 Tonnen Gummi und 5 Tonnen Wachs für die deutsche Kriegswirtschaft in die Heimat mitgebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Politische Rundschau.

Deutschland.

v. Behr-Pinnow will Konkurs anmelden!

Der Rechtsbeistand des Kammerherrn v. Behr-Pinnow hat an den Haushaltungsausschuß des Reichstages eine Erklärung geschickt, welche die Kriegsgewinne seines Klienten zu rechtfertigen sucht. Aus dieser Erklärung verdient folgender Satz festgehalten zu werden:

Von dem auf das ganze Geschäftskapital entfallenden Bruttogewinn von 4,6 Millionen sind allein an Steuern und Abgaben usw., wie die Bücher unwiderlegbar ergeben, 87,07 Proz. abgeführt, wozu noch weitere Abzüge hinzutreten werden, so daß ich erwäge, **ob nicht das Konkursverfahren über das Gesellschaftsvermögen beantragt werden soll,** damit die verschiedenen Fiski gleichheitlich befriedigt werden.

Das „gesamte Geschäftskapital" der G. m. b. H., der Herr v. Behr-Pinnow angehörte, belief sich, wie aus anderen Teilen der Erklärung hervorgeht, auf 275 000 Mk., wovon der Kammerherr v. Behr-Pinnow ein Zehntel oder 27 500 Mark eingeschossen hatte. Unter Punkt 7 sagte die Erklärung, daß auf den Anteil des Herrn v. Behr-Pinnow schließlich „nur" 56 706 Mk. als Gewinn verbucht worden seien. Daß eine Gesellschaft Konkurs ansagt, weil sie mit 275 000 Mark Kapital in kürzester Zeit über 4½ Millionen Bruttogewinn macht und weil die Gesellschafter mehr als 200 Prozent Gewinn ausgezahlt erhalten, dürfte in den Annalen der kaufmännischen Welt ein noch nicht dagewesenes Ereignis sein!

Umkehrung der Tatsachen.

Auf der Tagung des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes zu Berlin erklärte der alldeutsche Wortführer Graf Reventlow:

„Der von den Resolutionsparteien nach wie vor beklagte Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg hat uns nichts Unerwartetes gebracht und alle unsere Voraussagungen bestätigt."

Wie lagen die Dinge in Wirklichkeit? Gerade die Gegner der Alldeutschen haben, ehe der unbeschränkte U-Boot-Krieg einsetzte, immer wieder darauf hingewiesen, daß diese Maßnahme das Eingreifen Amerikas in den Krieg zur Folge haben würde. Aber die alldeutschen Organe erklärten das für „Flaumacherei" und behaupteten, bei den Drohungen Wilsons handle es sich nur um einen echt amerikanischen Bluff. Jetzt hat man plötzlich alles vorausgewußt. Wenn das wahr ist, so haben die alldeutschen Blätter vor dem U-Boot-Krieg absichtlich das deutsche Volk über die zu erwartenden Konsequenzen irre geführt.

Die Versäumnisse der Kriegervereine.

In einer am Sonntag abgehaltenen Tagung des Kreiskriegerverbandes Essen kam die Erkenntnis zum Durchbruch, daß die Kriegervereine dem Grabe zuwanken, wenn sie nicht den Anforderungen der neuen Zeit sich anpassen. Hauptmann Sachtleben konstatierte, daß **an der Front keine größeren Sympathien für die Kriegervereine herrschten.** Man sage draußen: „Ihr seid Hurrapatrioten und zieht nicht in Rechnung, daß der Krieg schon so lange dauert und wir keine Lust mehr haben, im Frieden den Parademarsch weiter zu üben." Die Kriegervereine müßten sich mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge beschäftigen, auf welchem Gebiete sie bis jetzt nichts geleistet hätten. Aehnlich wie bei den Kriegsbeschädigtenverbänden müßten bei den Kriegervereinen Beratungsstellen eingerichtet werden. Sie müßten, wie dies in Essen schon erreicht sei, Vertreter in die Kriegsbeschädigtenausschüsse senden usw. Mit amtlichen Stellen sei der Redner schon in Verbindung getreten; die Provinzialtagung der rheinischen Kriegervereine werde sich mit der Frage befassen und sie fördern.

Oesterreich-Ungarn.

Zum Nachfolger Czernins ist, wie gestern bereits kurz gemeldet, der gemeinsame österreichisch-ungarische Finanzminister Baron Burian ernannt worden. Er war auch Vorgänger des Grafen Czernin bis Ende 1916 und legte damals das

schwierige Amt, das selbst einem so hervorragenden Diplomaten wie Czernin verhängnisvoll geworden ist, nieder, weil seine Fähigkeiten dazu wohl nicht recht ausreichten. Wenn er es jetzt wieder übernimmt, so tut er es wohl nur, weil man in äußerster Verlegenheit ist und die wirklich treibenden Kräfte der österreichisch-ungarischen Außenpolitik nicht herausstellen möchte. Aus dem Umstand, daß Baron Burian nebenbei auch noch Finanzminister bleibt, ist zu schließen, daß er entweder nur provisorischer oder stellvertretender Außenminister sein wird.

Zur ungarischen Kabinettskrise meldet das ungarische Telegr. Korresp.-Bureau von gestern: Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Wekerle ein Ministerrat statt, an dem mit Ausnahme des von Budapest abwesenden Handelsministers Szterenyi und des Minister a latere Graten Aladar Zichy sämtliche Mitglieder des Kabinetts teilnahmen. Der nur kurze Zeit dauernde Ministerrat beschloß den Rücktritt der Regierung, worauf die anwesenden Mitglieder des Kabinetts die Rücktrittsurkunde unterschrieben.

Der Rücktritt ist darauf zurückzuführen, daß sich der Kaiser einer vom Ministerium wegen der Aussichtslosigkeit der Wahlreform gewünschten Landtagsauflösung widersetzte.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 18. April.

Warum macht die Frühlingssonne müde?

Beim Beginn des Frühlings hört man allgemein über große Müdigkeit klagen. Was hat es nun aber mit dieser „Frühlingsmüdigkeit" auf sich? Ein norwegischer Wissenschaftler, Dr. Rubow, hat auf Grund seiner im Finsen-Institut vorgenommenen Untersuchungen eine neue Erklärung dieser Frage gegeben. Er schreibt die Frühlingsmüdigkeit den Wirkungen des Sonnenlichts zu. Die Voraussetzung für den plötzlichen Eintritt dieser Müdigkeit zur Frühlingszeit ist jener Zustand der Erschlaffung, in dem sich der Organismus am Ausgang des Winters befindet. Arbeit, Vergnügungen, Erkältungskrankheiten und andere Infektionen haben dem Körper während der kalten, dunklen Zeit hart zugesetzt, während deren man sich nur verhältnismäßig wenig in frischer Luft aufhielt. Dann kommt plötzlich das Frühjahr mit seinem tagelangen Sonnenschein und der hellen, klaren Luft, die die Menschen aus dem Hause lockt und dem erschöpften Organismus mit einem Male gar zu viel zumutet. Man wird von dem Wunsche erfaßt, zu marschieren, radzufahren, Körperübungen vorzunehmen, und man überschätzt seine Kräfte und die Fähigkeiten, diesen plötzlichen Tätigkeitsdrang ausüben zu können. Der winterschlaffe Organismus wird in den Frühlingsrausch hineingerissen und versucht zunächst, das natürliche Müdigkeitsgefühl zu überwinden; er zieht aber meist den kürzeren und fällt der Frühlingsmüdigkeit zum Opfer. Das Sonnenlicht, das so belebend wirkt und alle Eindrücke verschärft, wirkt andererseits auch auf die Haut, insbesondere die Gesichtshaut, und ruft eine Erhöhung der Temperatur hervor mit der Folge, daß der Körper mehr Wärme als sonst ausstrahlt. Um diese Wärme zu ersetzen, erhöhen wir unsere Bewegungstätigkeit. Wir verbrauchen zuviel Kraft und ermüden daher.

Damit soll aber keineswegs gesagt sein, daß man der Sonnenbestrahlung auszuweichen suchen soll. Im Gegenteil. Man soll sie im Anfang nur nicht gleich in allzu großen Dosen genießen, wenn man der Frühlingsmüdigkeit und ihren Folgen, die für schwache, blutarme Personen und ältere Leute mit schwachem Herzen recht unangenehm werden können, entgehen will. Wer vorsichtig ist und sich nicht gar zu unbesonnen in den Frühlingsrausch hineintreiben läßt, kann leicht dem Müdigkeitsgefühl vorbeugen.

Zur Linderung der Wohnungsnot in Lübeck will der Staat nunmehr Beihilfen zur Einrichtung von Wohnungen in leerstehenden Häusern gewähren. Der Bürgerausschuß hatte sich gestern mit einer diesbezüglichen Vorlage des Senates zu beschäftigen, in der es heißt: Durch Rat- und Bürgerschluß vom 20. März 1918 ist der Behörde für Wohnungspflege zur leihweisen Hergabe von Mitteln für die Einrichtung von Wohnungen in zurzeit leerstehenden, bisher nicht zu Wohnzwecken benutzten Räumen privater Gebäude ein Betrag von 20 000 Mk. aus den zu „Kriegszwecken" zur Verfügung gestellten Mitteln bewilligt worden. In ihrem Bericht vom 22. März 1918 hat die Behörde für Wohnungspflege dargelegt, daß bisher von dieser Einrichtung seitens der Hausbesitzer kein Gebrauch gemacht worden sei, da bei den hohen Preisen für Baustoffe und infolge der hohen Arbeitslöhne auf eine entsprechende Verzinsung der für die Ausführung aufgewendeten Mittel für die Hausbesitzer trotz eines zinslosen Darlehns nicht zu rechnen sei. Es müsse, um einen Anreiz für die Einrichtung von Wohnungen zu schaffen, den betreffenden Eigentümern statt des Darlehns eine nicht zurückzuzahlende Beihilfe gewährt werden. Die Behörde hat daher beantragt, daß ihr zunächst die durch Rat- und Bürgerschluß vom 20. Februar 1918 bewilligten 20 000 Mk. nicht für eine leihweise Hergabe, sondern für nicht zurückzuzahlende Beihilfen zur Einrichtung von Wohnungen in zurzeit leerstehenden, bisher nicht zu Wohnzwecken benutzten Räumen privater Gebäude zur Verfügung gestellt werden. Der Senat stellte deshalb zur Mitgenehmigung des Bürgerausschusses: daß der Behörde für Wohnungspflege die durch Rat- und Bürgerschluß vom 20. Februar 1918 bewilligten 20 000 Mk. nicht für eine leihweise Hergabe, sondern für nicht zurückzuzahlende Beihilfen zur Einrichtung von Wohnungen in zurzeit leerstehenden, bisher nicht zu Wohnzwecken benutzten Räumen privater Gebäude zur Verfügung gestellt werden. Der Bürgerausschuß erklärte sich einmütig für diesen Antrag, der einen Versuch der Behörde für Wohnungspflege darstellt, um das Eintreten einer größeren Obdachlosigkeit zu verhindern.

Die Weitergewährung von Kriegsteuerungszulagen an die städtischen Arbeiter beschäftigte gestern den Bürgerausschuß. In der Senatsvorlage wird ausgeführt: Für die Weitergewährung der den städtischen Arbeitern bisher bewilligten Kriegsteuerungszulagen, und zwar a) von 24 Mk. monatlich für Unverheiratete; b) von 36 Mk. monatlich für solche Arbeiter, die Familienangehörigen im eigenen Hausstande Wohnung und Unterhalt gewähren; b) von 6 Mk. monatlich für jedes Kind unter 15 Jahren: über den 31. März 1918 hinaus sind den Behörden bisher keine Mittel zur Verfügung gestellt worden. Für die erste Hälfte des Rechnungsjahres 1918 sind hierfür erforderlich: für die Baubehörde 100 000 Mk., für die Betriebsbehörde 103 900 Mk., für die Friedhofsbehörde 15 408 Mk., für das Polizeiamt 13 000 Mk. für die Behörde für die Heilanstalten 7 672 Mk., für die Oberschulbehörde 504 Mk., für die Finanzbehörde 900 Mk., zusammen 241 384 Mk. Die Behörden haben beantragt, ihnen diese Summen zur Verfügung zu stellen. Auf Antrag des Senates bewilligt der Bürgerausschuß diese Summe aus den für Kriegszwecke bereit gestellten Mitteln. Wie verlautet, soll demnächst eine Erhöhung der Kriegsteuerungszulagen für die städtischen Beamten und Angestellten die gesetzgebenden Körperschaften beschäftigen. Wir halten es für selbstverständlich, daß man dann auch die Kriegsteuerungszulagen für die städtischen Arbeiter dementsprechend aufbessert.

Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner gestrigen Sitzung folgende Anträge des Senates: Beitrag von 5000 Mk. für das Notstandskomitee in Reval. Wiederholter Antrag, betreffend einmalige Kriegsteuerungszulagen für die Lehrkräfte der Jenischschen Freischule und der Frauengewerbeschule. (895 Mk.) Kriegsteuerungszulagen für die Lehrerinnen der Vietigschen Privat-Mädchenschule. (650 Mk.) Verkauf eines 602 Quadratmeter großen Grundstücks in der Vorstadt St. Gertrud zum Preise von 6 Mk. pro Quadratmeter. Verkauf eines 20 Quadratmeter großen Grundstücks am Dükerkanal an den Steindrucker Ernst Hafat zum Preise von 6 Mk. für den Quadratmeter. Nachbewilligung von 119,21 Mk. für das Forstrevier Kronsforde. Abgelehnt wurde ein Ersuchen von J. Reimpell, zu prüfen, ob die Kinder des Kinderheimes zweckmäßig in einer besonderen Schule zu unterrichten seien.

Der amtliche Kriegsbericht.

Die Flandernkämpfe.

WTB. Großes Hauptquartier, 18. April. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Feind überließ uns gestern große Teile seines von ihm im monatelangen Ringen mit ungeheuren Opfern erkauften flandrischen Bodens. Die Armee des Generals Sixt von Armin nahm, dem schrittweise weichenden Feinde nachdringend, Poelkapelle, Langemark und Zonnebeeke und warf den Feind bis hinter den Steenbach zurück. Südlich von Langemark hemmte ein feindlicher Vorstoß unser Vorwärtsdringen. Nördlich von der Lys gewannen wir unter starkem Feuerschutz Boden und säuberten einige Maschinengewehrnester. Die Kämpfe der letzten Tage brachten mehr als 2500 Gefangene, einige Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre ein.

An der Schlachtfront zu beiden Seiten der Somme nahm der zeitweilig aufflebende Feuerkampf bei Morenil und Montdidier größere Stärke an.

Auf dem Ostufer der Maas hatten kleinere Unternehmungen bei Ornes und Racronville vollen Erfolg und brachte Gefangene ein. Nördlich von Fleury (zwischen Maas und Mosel) scheiterte ein starker französischer Vorstoß unter blutigen Verlusten.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Einstellung der Leichenüberführung. Mit Rücksicht auf die militärische Lage sind schon seit geraumer Zeit alle Ueberführungen von Kriegerleichen aus dem gesamten Gebiet des Westens ausnahmslos gesperrt. Da mit dem 1. Mai d. J. die Sommersperre eintritt, die bis zum 1. Oktober dauert, können Gesuche an das stellvertretende Generalkommando um Genehmigung zur Rückführung von Leichen Gefallener erst im September wieder mit Aussicht auf Erfolg eingereicht werden. Nach Mitteilung des K. u. K. Kriegsministeriums in Wien gilt die gleiche Sperre schon jetzt und zwar mit Rücksicht auf die bestehenden Transportschwierigkeiten für die Armeebereiche und die besetzten Gebiete Oesterreich-Ungarns. Dort sind alle Leichenüberführungen bis nach dem allgemeinen Friedensschluß aufzuschieben. Auch auf die deutsche Ostfront wird die Sperre schon jetzt vor dem 1. Mai ausgedehnt, zumal hier nach abgeschlossenem Frieden neue Bestimmungen in Rückführungsangelegenheiten vereinbart werden müssen. Da Ausnahmen nicht zugelassen werden können, ist es zwecklos, trotzdem Gesuche, etwa an das Kriegsministerium, zu richten.

Der öffentliche Arbeitsnachweis, Abteilung für Männer und jugendliche Arbeiter, Parade 1, verzeichnet für den Monat März 958 Arbeitsuchende (Februar 1128), 1430 (1246) offene Stellen und 959 (922) Stellenbesetzungen. Insbesondere wurden Arbeitskräfte für Gartenwirtschaft (Gemüsebau) angefordert (209). Es konnten aber nur 135 Arbeitsplätze besetzt werden. In der Landwirtschaft wurden 53 Arbeitskräfte angefordert und 24 nachgewiesen. In der Metallindustrie wurden 118 Facharbeiter verlangt und 46 nachgewiesen. Im Holzgewerbe wurden 28 offene Stellen aufgegeben und 7 besetzt. In der Nahrungsmittelindustrie wurden hauptsächlich Bäcker und Schlachter verlangt; 6 Stellen konnten erledigt werden. Im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe wurden 8 Schneider, 6 Schuhmacher und 6 Barbiere gesucht und je 3 Stellen erledigt. Dem Baugewerbe konnten 15 Arbeitskräfte nachgewiesen werden, während 43 verlangt wurden. Maschinisten und Heizer wurden 14 verlangt und 4 nachgewiesen, Fabrikarbeiter 25 angefordert und 15 nachgewiesen. Handlungsgehilfen konnten 11 nachgewiesen werden, während 15 verlangt wurden. Die Haupttätigkeit erstreckte sich auf die Arbeitsvermittlung für alle sonstige Lohnarbeit. Es wurden 842 Arbeitskräfte angefordert und 660 nachgewiesen. Vorwiegend handelt es sich hier um Gelegenheitsarbeit. Bureaugehilfen, Krankenwärter usw. (freie Berufe) wurden 41 verlangt und 21 vermittelt. — Vom Arbeitsnachweis für genesende Soldaten wurden 227 Arbeitskräfte in Arbeit gebracht. 19 bereits entlassenen Kriegsverletzten wurde dauernde Arbeit nachgewiesen. Außerdem wurden in dringenden Fällen von den am Hafen beschäftigten Gefangenen 64 (diese Zahl ist in der obigen Zählung nicht mit enthalten) gestellt.

Oeffentlicher Arbeitsnachweis, Abteilung für Frauen und Mädchen. Die Zahl der Arbeitsuchenden geht von Monat zu Monat langsam zurück. Im März belief sie sich auf 939 gegenüber 722 offenen Stellen. Vermittelt wurden 500 Personen. In der Landwirtschaft war die Nachfrage nach Arbeitskräften sehr rege. Der Bedarf für Feldarbeit, zumal für Spargelfelder, konnte bei weitem nicht gedeckt werden. Das zahlenmäßige Ergebnis ist: 58 Arbeiterinnen, 77 offene Stellen und 40 Vermittlungen. Die Metallindustrie forderte 84 Arbeiterinnen an, 67 wurden nachgewiesen. In der chemischen Industrie reichte das Angebot knapp. Reichliche Arbeit bot sich den Strickerinnen in der Anfertigung von Frauen- und Soldatenstrümpfen. In der Papierindustrie war ein geringes Ueberangebot zu verzeichnen. Dagegen herrschte Mangel an Arbeitskräften in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe. Für Nahrungsmittelfabriken lag ausreichendes Angebot vor (60 gegenüber 53 offenen Stellen.) Aufträge auf Heeresnäharbeiten fehlten im März, sodaß eine größere Anzahl Heimarbeiterinnen (51 hatten sich gemeldet) beschäftigungslos blieben. Für leichte und ungelernte Fabrikarbeit meldeten sich 160 Personen. Ein großer Teil kam aus hauswirtschaftlichen Berufen und konnte nicht untergebracht werden. Nur 20 erhielten die gewünschte Arbeit. Im Handelsgewerbe waren nach wie vor ungesunde Zustände. 47 junge und in der Hauptsache mangelhaft vorgebildete Kräfte waren vorhanden, die nicht begehrt wurden. Das Gastwirtschaftsgewerbe wies ein Ueberangebot von Serviererinnen auf, einen erheblichen Mangel an Zimmer- und vor allem an Küchenmädchen, trotz bedeutender Lohnsteigerung. Vom Hauspersonal gilt dasselbe: große Nachfrage und ganz geringes Angebot. Zahlenmäßig ausgedrückt: 76 Stellensuchende und 109 gemeldete offene Stellen, 48 erzielte Vermittlungen. Stundenfrauen und Morgenmädchen fehlten fast ganz. Tagelöhnerinnen und unständig beschäftigte Arbeiterinnen meldeten sich in größerer Zahl (123), in Arbeit gebracht wurden 66. Wenig Neigung bestand bei den Arbeiterinnen für die schwere Erdarbeit. Nur zur Hälfte konnte der Bedarf gedeckt werden. Großer Beliebtheit erfreuten sich dagegen die Posten an der Bahn (Straßenbahn und Eisenbahn), für die sehr reichlich Angebote vorlagen. In den freien Berufen kamen bei 57 Arbeitsuchenden, vorwiegend Schreibhilfen, 34 Vermittlungen zustande.

Verordnung über den Fremdenverkehr. Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 11. April 1918 einer Verordnung über Maßnahmen zur Beschränkung des Fremdenverkehrs zugestimmt. Die Verordnung soll keineswegs eine grundsätzliche und allgemeine Beschränkung des Fremdenverkehrs herbeiführen, sondern sie soll lediglich den im vorigen Jahre in den Formen des Fremdenverkehrs und auch in seiner örtlichen Regelung vielfach hervorgetretenen Mißbräuchen und Auswüchsen Abhilfe schaffen und Vorsorge treffen, daß die aus volksgesundheitlichen Gründen notwendigen Erholungsmöglichkeiten überall gewährt bleiben und daß die beschränkte Versorgung, die der magre Stand der allgemeinen Ernährungslage dem Reiseverkehr beläßt, in erster Linie denjenigen Personen nutzbar wird, die aus Gesundheitsrücksichten zu einem Aufsuchen von Kurorten, Heilbädern oder Erholungsstätten genötigt sind. In diesem Sinne wird die Verordnung vom Kriegsernährungsamt gehandhabt werden: die für ihre landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen grundsätzlich vorbehaltene Zustimmung der Reichsinstanz gibt die Gewähr einer einheitlichen Regelung, die den berechtigten Fremdenverkehr gegen jede unangebrachte Behinderung schützt und in seiner Versorgung in den Grenzen des zurzeit überhaupt Möglichen sichergestellt.

Das Ergebnis des Fischfangs. Ueber die Organisation, den Fang, die Verteilung und die Versorgung des Landes mit Frisch- und Räucherfischen sowie mit Fischkonserven machte der Reichskommissar, Regierungsassessor v. Flügge, einem Mitarbeiter des „B. T." bemerkenswerte Mitteilungen: „In Gegenden, in denen sonst Seefische nicht und Süßwasserfische nur wenig auf den Tisch kamen, ist man jetzt auf den Geschmack gekommen und verlangt von uns Mengen, die wir bei dem besten Willen nicht liefern können. Man hat in den Zeitungen von den großen Heringsfängen in der Elbmündung und bei Büsum gelesen. Diese Heringe waren durchweg klein, eigneten sich nicht zum Versand und wurden vielfach an den Küsten und in Hamburg verbraucht, während einzelne Binnengroßstädte wenigstens einen kleinen Teil der Heringe als sogenannte „grüne Heringe" bekamen.

Wie stark der Inlandfang in Nord- und Ostsee im vergangenen Jahre war, zeigen die nachfolgenden Zahlen: Aus der Ostsee erhielten wir 19 809 217 Kilogramm frische Fische und 10 137 563 Kilogramm Heringe und Sprotten. Aus der Nordsee kamen 14 266 036 Kilogramm frische Fische und 1 072 141 Kilogramm Heringe und Sprotten. Die Zahlen sind gewiß recht hoch; wenn aber die Zivilbevölkerung nicht so viel von den Fischen sah, wie sie es wünschte, so tragen die außerordentlich hohen Belieferungen an Heer und Marine die Schuld.

Die Ostseefischerei liefert zurzeit, wie aus Eckernförde geschrieben wird, reichliche Fänge. Besonders Heringe, dann Sprotten und Butte, ferner Dorsche, Sielen und Weißlinge werden in großen Mengen gefangen. Selbst Lachse, die seit langer Zeit nicht mehr gefischt wurden, sind jetzt zu haben. In zwei Tagen wurden allein weit über 1000 Zentner Weißlinge gefangen, die in Räuchereien gebracht wurden und als „Sprotten" in den Handel kommen. Auch der Dorschfang lieferte in diesen Tagen reiche Beute.

Hohe Kriegsgewinne der Stanz- und Emaillierwerke vormals Carl Thiel & Söhne. Aktiengesellschaft. In der Aufsichtsratssitzung der Stanz- und Emaillierwerke vormals Carl Thiel u. Söhne, Aktiengesellschaft, am letzten Sonnabend wurde beschlossen, der am 11. Mai stattfindenden Generalversammlung die Ausschüttung einer Dividende von 18 Prozent wie im Vorjahre sowie einer besonderen Vergütung von 70 Mark auf jede Aktie vorzuschlagen. Für Wohlfahrtsstiftungen wurde ein Betrag von 50 000 Mark angesetzt.

Eigentümer und Pächter landwirtschaftlich genutzter Grundstücke, die Land verpachtet oder zur Nutznießung ausgegeben haben, sind bei Strafe verpflichtet, dem Statistischen Amt oder ihrem Gemeindevorstand binnen 14 Tagen Namen und Wohnung ihrer Pächter und Größe der einem jeden verpachteten Fläche schriftlich oder zu Protokoll anzugeben. Wer eine zusammenhängende Fläche in kleineren Stücken (unter 10 a) an verschiedene Personen zur gartenmäßigen Nutzung für ihren eigenen Haushalt abgegeben hat, braucht aber nur die Größe des Landes und die Zahl, nicht auch die Namen der Pächter anzugeben.

Hausrat für Kriegsgeraute. Die Darlehnskasse für Kriegsgeschädigte, die bei dem Stadt- und Landamt, Abt. III (Parade 1) verwaltet wird, hat bereits seit längerem gebrauchten Hausrat aufgekauft, soweit er noch zu angemessenen Preisen zu haben war. Sind auf diese Weise die Schwierigkeiten der Hausratsbeschaffung für Kriegsgeraute auch nicht annähernd zu überwinden, so hat doch mit den beschafften Hausratsgegenständen bereits in einer Reihe von Fällen wertvolle Hilfe geleistet werden können. Anträge auf Ueberlassung von Hausrat sind bei der genannten Darlehnskasse zu stellen. Grundsätzlich ist eine Anzahlung von einem Drittel des Kaufpreises zu leisten; der Rest ist in Teilzahlungen abzutragen, die in jedem einzelnen Fall den besonderen Verhältnissen entsprechend vereinbart werden. Da neuerdings gebrauchter Hausrat zu erschwinglichen Preisen kaum noch zu erhalten ist, dürften leider die Bestände der Darlehnskasse schon bald vergriffen sein.

Der dritte Dichterabend der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung, der gestern im Marmorsaal veranstaltet wurde, trug das Gepräge eines „Niederdeutschen Abends". Klaus Groth, Lilieencron, Gerch Fock, John Brinckmann, Fehrs, Fritz Reuter, Johann Meyer, Hoffmann von Fallersleben und Gustav Falke steuerten zu dem Programm bei, um dessen Ausführung sich Käthe Hyan und Fritz Wischer verdient machten. Allerdings trifft Wischer das Mecklenburger Platt nicht, sondern setzt an dessen Stelle die Hamburger oder Kieler Aussprache. Käthe Hyan mangelt die Urwüchsigkeit der plattdeutschen Sprache. Aber Wischer trug die von ihm gewählten Sachen mit gutem Humor recht anschaulich vor und Frau Hyan zeigte sich auch hier wieder als Meisterin anmutiger Kleinkunst. Beiden wurde reicher Beifall des gut besetzten Hauses zuteil.

Der Universalkünstler Karl Scherber wird hier im Marmorsaal am kommenden Sonnabend und Sonntag Gastvorstellungen geben. Ueber seine staunenswerten Leistungen liegen uns eine ganze Reihe von Presseurteilen vor. So schreibt der Duisburger General-Anzeiger: „Hier weilt gegenwärtig ein Künstler zu Gast, der an Vielseitigkeit seinesgleichen sucht. Karl Scherber beherrscht eine ganze Serie von Kunstfertigkeiten, deren jede einzelne einem Varietekünstler ein ausreichendes Brot sichern würde. Das Hervorstechendste ist, daß er nicht mit Alltäglichkeiten arbeitet. . . . Es ist zu verstehen, daß der Künstler wie überall, so auch hier volle Häuser findet." Vorverkauf in der Musikalienhandlung von Robert, Breite Straße.

pb. **Gestohlene Strümpfe.** In der Nacht zum 17. d. M. sind in der Fackenburger Allee von einer Wäscheleine 25 Paar Herren-, Damen- und Kinderstrümpfe gestohlen worden. Die braunen, schwarzen und grauen Strümpfe sind gezeichnet M E, H E, J E, S E, M P, T P, G P und P P.

pb. **Taubiebstahl.** Von einem in Travemünde liegenden Segler ist in der Zeit vom 8. bis 11. d. M. ein 30 Meter langes und 3½ Zoll dickes Schiffstau gestohlen worden.

pb. **Uebermäßig hohe Preise.** Festgenommen wurde ein Händler aus Wittenberg, der hier am Hauptbahnhof Eier und Butter zu einem übermäßig hohen Preis zum Kaufe anbot.

Segeberg. Von einem Stier getötet. Am Sonnabend hat sich in Weddelbrook ein schreckliches Unglück zugetragen. Auf einer zum dortigen Hof gehörigen Koppel weidete ein Stier. Als der 60jährige Arbeiter Weber, der dort Mauerwurzhügel auseinanderschlug, sich ihm näherte, rannte er auf diesen los und stieß ihn zu Boden. Er riß ihm mit seinen Hörnern den ganzen Leib auf, und als man ihm sein Opfer entreißen konnte, war der Mann bereits eine Leiche. Man hatte den Verunglückten noch gewarnt, sich in den Bereich des Tieres zu begeben, er hatte aber erklärt, daß er sich nicht fürchte. Das Tier kenne ihn und werde ihm nichts tun, da er es immer gefüttert habe.

Hamburg. Die Bürgerschaft beendete gestern die Beratung des Staatshaushalts für 1918 und stimmte der Erhebung von 10 Einheiten der Einkommensteuer zu. Der Antrag, die Eingemeindung von Bergedorf in die Wege zu leiten, wurde angenommen.

Lütjenburg. Durch einen Schuß aus seinem eigenen Gewehr getötet. Der 19jährige Graf Karl Ludwig Rantzau befand sich auf dem Rückweg aus dem Revier. Beim Uebersteigen eines Hindernisses entlud sich sein Gewehr und durchbohrte ihm die Brust. Der Verletzte wurde bald darauf in der Nähe des Schlosses gefunden, ärztliche Hilfe konnte ihm jedoch nicht mehr retten, er verschied nach 1½ Stunden.

Schwerin. Fortschrittler und Verfassungsreform. Der Vorstand des Liberalen Wahlvereins beider Mecklenburg hat folgende Entschließung zur mecklenburgischen Verfassungsfrage einstimmig gefaßt: Der Vorstand des Liberalen Wahlvereins beider Mecklenburg (Landesverband der Fortschrittlichen Volkspartei) gedenkt mit dankbarer Bewunderung der neuen Opfer und Heldentaten, welche Mecklenburgs Söhne im Verein mit deutschen Volksgenossen aller Stämme in den schweren Entscheidungsschlachten im Westen für die Heimat vollbringen. Er nimmt daraus von neuem den Anlaß, mit aller Entschiedenheit die Forderungen zu erheben, daß die heimkehrenden Krieger als voll- und gleichberechtigte Staatsbürger an der Verwaltung und Gestaltung ihrer engeren Heimat teilnehmen und daß deshalb unverzüglich das Werk der mecklenburgischen Verfassungsänderung durchgeführt wird. Nachdem der König von Preußen vor mehr als Jahresfrist erklärt hat, daß in seinem Reiche kein Raum mehr für das Klassenwahlrecht sei, und nachdem das Reichstagswahlrecht für das preußische Abgeordnetenhaus grundsätzlich verheißen und in einem entsprechenden Entwurfe zur Vorlage gekommen ist, darf in Mecklenburg erst recht kein Raum mehr sein für die in der heutigen Zeit mehr als jemals unberechtigte Ständeherrschaft. Der Liberale Wahlverein erwartet, daß der Großherzog nunmehr mit der Gewährung des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechtes an sein Volk nicht länger zögern, sondern ihm dasselbe — wenn nötig auf Grund des Manutenenzrechtes oder unter Mitwirkung des Reiches — geben wird, nicht als Lohn für die unvergleichliche Hingabe der Mecklenburger im Felde und in der Heimat, sondern als ein der Jetztzeit entsprechendes Recht und als Zeichen des Vertrauens auf die vom mecklenburgischen Volke bewiesene Reife und Staatstreue.

Schwerin. Tödlicher Unglücksfall. Dienstag nachmittag erstieg ein Arbeiter den die elektrische Drahtleitung tragenden Pfosten der Hochspannleitung in Zippendorf, um oben Reparaturen vorzunehmen. Hierbei brach der Pfosten, und der Arbeiter schlug mit ihm zur Erde, wobei er so schwere Verletzungen erlitt, daß er bald darauf verstarb.

Für unsere Feldgrauen.

Nachurlaub für Urlauber des Feldheeres.

Die stellvertretenden Generalkommandos waren bisher befugt, den aus dem Felde beurlaubten Mannschaften in dringenden Ausnahmefällen einen Nachurlaub von zwei Tagen zu bewilligen. Diese Befugnis ist durch Verfügung vom 3. April 1918 dahin ausgedehnt worden, daß ein Nachurlaub bis zu vier Tagen bewilligt werden darf. Als dringender Ausnahmefall kann plötzlich eingetretene schwere Erkrankung oder Todesfall in der Familie gelten. Diese Bestimmung bezieht sich aber nur auf Urlauber des Feldheeres. Angehörige des Heimatheeres müssen Nachurlaub in allen Fällen, eventuell telegraphisch, bei ihrem Truppenteil beantragen.

Neueste Nachrichten.

Die Kämpfe im Westen.

Bern, 17. April. Oberst Repington erklärt in der „Morning Post", die 5. Armee sei geschlagen worden, weil die Franzosen aus militärischen und politischen Gründen die Ausdehnung der englischen Front südlich der Oise entgegen den Wünschen des englischen Generalstabes verlangt hatten. Die Armee habe nur aus 11 Divisionen und 3 Reserve-Divisionen bestanden.

Die Lage in Irland.

Basel, 17. April. „Daily Mail" meldet am 14. d. M. die abermalige Verhängung des Kriegszustandes über Irland.

Haag, 17. April. „Daily Mail" berichtet aus Dublin, daß die Sinnfeiner fortgesetzt große Versammlungen abhalten, in denen eine äußerst heftige Sprache gegen England geführt wird. In ganz Irland schließen sich die Parteien gegen die Dienstpflicht zusammen. Die Idee, Home Rule gegen die Einführung der Dienstpflicht zu erhalten, wird mit Ausnahme der unionistischen Kreise Ulsters allgemein verworfen. In Dublin und anderen Städten wurden in der Nacht Plakate angeschlagen mit der Unterschrift: „Das Irische Volk", in denen gesagt wird, daß Irland über 250 000 Gewehre verfüge und seine Freiheit teuer verkaufen werde.

Der Kaiserbrief.

Genf, 17. April. Nach den Pariser Zeitungen hat Clemenceau im Senatsausschuß die Versicherung abgegeben, der Brief Kaiser Karls werde in der Handschrift des Kaisers veröffentlicht werden, sobald der Prinz von Bourbon aus Afrika zurückkehre, was spätestens Mitte Mai der Fall sein dürfte.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung
betreffend Einreichung von Pachtverzeichnissen.

Mit Beziehung auf die Bekanntmachung des Statistischen Amtes betreffend Anbau- und Ernteflächenerhebung vom 16. April 1918 werden alle Eigentümer und Pächter landwirtschaftlich genützter Grundstücke, die Land verpachtet oder sonst zur entgeltlichen oder unentgeltlichen Nutznießung (als Dienstland, Deputatland, Altenteil oder auf sonstige Weise) ausgegeben haben, hiermit aufgefordert, **binnen 14 Tagen** dem Statistischen Amte, in den Landgemeinden dem Gemeindevorstand der Gemeinde, in welcher das Grundstück liegt, schriftlich oder zu Protokoll anzugeben:

a) die Namen ihrer Pächter (Nutznießer usw.) bezw. Unterpächter, mit Angabe der Wohnung,

b) die Größe der einem jeden derselben verpachteten oder sonst ausgegebenen Fläche.

Wer eine zusammenhängende Fläche in kleineren Stücken (etwa in Größe von weniger als 10 Ar = 50 Ruten) an verschiedene Personen zur gartenmäßigen Nutzung für ihren eigenen Haushalt abgegeben hat (Arbeitergärten, Laubenkolonien oder ähnl.) braucht die Namen der einzelnen Pächter (Nutznießer) nicht anzugeben. Es genügt in diesem Falle die Angabe der Größe des so ausgegebenen Landes und der Zahl der Pächter (Nutznießer usw.)

Wegen der Strafbestimmungen wird auf die oben angeführte Bekanntmachung hingewiesen.

Lübeck, den 17. April 1918. (1887

Das Statistische Amt.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung des Polizeiamts über die Regelung des Verkehrs mit Eiern und die Verteilung der Eier vom 28. Februar 1918 wird hiermit bestimmt:

1) Hühnerhalter, welche bisher die vom Polizeiamt ausgestellte **Eier-Ablieferungskarte** über die in § 4 bis § 7 vorgeschriebene Ablieferpflicht **nicht** erhalten haben, müssen ihren Hühnerbestand bis zum 25. April 1918 der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18. II, mündlich oder schriftlich melden.

2) Hühnerhalter, welche Hühner aus ihrem Bestande verkaufen, haben die genaue Anschrift des Käufers aufzugeben. Läßt sich der Käufer nicht einwandfrei feststellen, haftet der Hühnerhalter trotz des Verkaufes für die Eier-Ablieferungspflicht.

Wer die unter 1) vorgeschriebene Meldung unterläßt, wird auf Grund der Strafvorschrift in § 15 der Verordnung des Polizeiamts vom 28. Februar 1918 bestraft.

Lübeck, den 16. April 1918. (1877

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Auf den Abschnitt 21 der Bezugskarte für Eier des Lebensmittelkartenheftes und der Lebensmittelkarte können in der Zeit vom 19. April bis 28. April **zwei** Eier verabfolgt und entnommen werden.

Lübeck, den 18. April 1918. (1884

Das Polizeiamt.

Meldung
der abzuliefernden Einrichtungsgegenstände.

(Nachtrag zu der Verordnung Nr. 3 vom 25. v. Mts., Lüb. Anzeigen Nr. 143; abgeändert am 13. ds. Mts., Lüb. Anzeigen Nr. 173.)

Die Gegenstände sind von dem Eigentümer oder seinem Vertreter zu melden, Bestandteile des Hauses also von dem Hauseigentümer, Gegenstände des Hausrats von dem Haushaltungsvorstand.

Lübeck, den 17. April 1918. (1893

Das Polizeiamt.

Spar-Einlagen
(auch kleine Beträge)
nehmen wir entgegen und verzinsen dieselben zu günstigen Zinssätzen.
Holsten-Bank
Abteilung Lübeck. (1882

Waisenhaus.

Frühere Waisenhauszöglinge, welche sich im Laufe dieses Jahres zu verheiraten beabsichtigen und sich um das Braunwaldsche Legat bewerben wollen, haben ihr schriftliches Gesuch nebst Taufschein bis zum 1. Mai d. J. im Waisenhause persönlich einzureichen.

Die Vorsteherschaft der Waisenhäuser.

Habe meine Praxis wieder aufgenommen.
Sprechstunden von 9—2 Uhr.
Zahnarzt Schantz,
Breite Straße 37.

Gesucht ein junges Mädchen als Näherin. (1886
Steinrader Weg 47, pt. r.

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die traurige Nachricht, daß mein lieber herzensguter Mann und meines Sohnes liebevoller Vater, unser Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Wehrmann

Robert Kluge

in seinem 33. Lebensjahre dem grausamen Kriege zum Opfer gefallen ist. In tiefer Trauer (1895

Elise Kluge geb. **Dose** nebst Sohn **Richard.**
Caroline Kluge, Strachwitz.
Carl Dose, Holzwärter, Techau.
Ernst Kluge und Frau, Berlin.
Gustav Meinhardt, zurzeit im Felde, **und Frau** geb. **Dose** nebst Kindern, Rensefeld
und alle, die ihm nahe standen.

Lübeck, Dornestraße 31.

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die traurige Nachricht, daß mein lieber guter hoffnungsvoller Sohn, unser Bruder, der Schütze

Wilhelm Friedrichs

im 20. Lebensjahre am 6. April dem grausamen Kriege zum Opfer gefallen ist. In tiefer Trauer

Frau Friedrichs gb. **Meyer.**
Max Friedrichs, zurzeit im Lazarett. 1890
Theo Friedrichs
und alle Angehörigen.

Deutscher
Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Dem Weltkriege fielen ferner zum Opfer unsere Mitglieder

Eugen Bernaby
Arbeiter,
Wilhelm Friedrichs
Former.

Wir werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren.

1894 **Die Ortsverwaltung.**

Laufmädchen für leichte häusliche Arbeit gesucht. (1883
Schwartauer Allee 85, pt.

Geld gefunden in Lohntüte.
1889) Abzuh. Glandorpstr. 23, II.

Deutscher
Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Lübeck.

Am 14. April verstarb unser Kollege, der Maurer

C. Aue

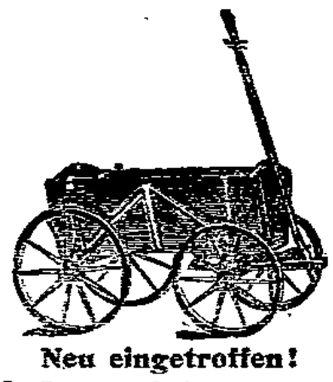
im 58. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 20. April, nachmittags 2½ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt. 1888

Der Zweigvereinsvorstand.

Bilderleisten einrahmungen 1874
Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.



Neu eingetroffen!
Kasten- u. Leiterwagen
auch ganz große (1892
Wirtschaftswagen
extra stark, b. 8 Ztr. Tragkr.
C. Bliesath Wwe.
Inh. Carl Landwehr.

Junger Mensch

im Alter von 14—16 Jahren, der eine gute Handschrift besitzt und Lust hat, sich in kleinen Kontorarbeiten bei einer

Bank

einzuarbeiten, wird gesucht. Selbstgeschriebene Angebote unter **H B L 42** an die Exped. d. Bl. 1881

Wir suchen für unseren Betrieb

ungelernte Arbeiter u. Platzarbeiter

in größerer Zahl, ferner (1876

Eisendreher,
Maschinenschlosser,
Böttcher,
Rangierer,
Rottenführer und Rottenarbeiter.

Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Bremnitz,
Rathenow, Bahnhofstr. 22.

Marmorsaal.
Sonnabend, d. 20. und Sonntag, d. 21. April
abends 8 Uhr
Große Gastspielvorstellungen
des berühmten Universalkünstlers
Karl Scherber der 2. Sylvester Schäffer
Überall Tagesgespräch. Überall Tagesgespräch.
Kunst! — Humor! — Wissenschaft!
Karl Scherber ist Illusionist
Karl Scherber ist Kunstredner
Karl Scherber ist Handzauberer
Karl Scherber ist Schnellmaler
Karl Scherber ist Jongleur
Karl Scherber ist Papierreisser
Karl Scherber ist Gedächtnismeister
Karl Scherber ist Handschattenkünstler
Karl Scherber ist laut Urteil
der Straßburger Bürgerzeitung, des Breslauer Generalanzeigers, der Elberfelder Presse, der Kasseler Neuesten Nachrichten, des Stuttgarter Neuen Tageblattes, der Württemberger Zeitung, der Frankfurter Zeitung, der Bochumer, Rostocker und Königsberger Zeitung **der zweite Sylvester Schäffer** und von der Hamburger, Elberfelder, Münchner, Duisburger, Posener und Leipziger Presse als **unerreicht bezeichnet worden!**
Regie: **Adolf Wellcke,** Assistenz: **Alice Scherber,**
Musik-Begleitung: **Trude von Leesen.**
Ende der Vorstellung nach 10 Uhr. Große Ausstattung.
Eintrittspreise: Sperrsitz 3 Mk., 1. Platz 2 Mk., 2. Platz 1 Mk. Militär bis zum Feldwebel und Schüler in Begleitung Erwachsener ermäßigte Preise (auch im Vorverkauf).
Vorverkauf der Eintrittskarten in der Musikalienhandlung **Ernst Robert,** Breite Straße. Da überall ausverkauft, empfiehlt es sich, die Karten rechtzeitig zu lösen. (1880

Achtung!
Versammlung

sämtlicher in den Genossenschaftsbetrieben (Genossenschaftsbäckerei und Konsumverein) beschäftigten Bäcker, Müller, Kutscher, Lagerarbeiter, Lagerarbeiterinnen, Handlungsgehilfen und Handlungsgehilfinnen

am Freitag, dem 19. April 1918
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zur Teurungszulage.

1891 **Die Vorstände.**

NB. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen der obengenannten Kategorien eine zwingende Notwendigkeit. D. O.

Drucksachen aller Art
fertigt an
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (1873
Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lubeca.

Hansa-Theater.
Heute abend 7½ Uhr: (1878
Drei alte Schachteln

Stadttheater. 1885
Donnerstag, d. 18. April 1918
Don Pasquale
Freitag, den 19. April 1918:
Gastspiel
Furtwängler und **Buers:**
Der fliegende Holländer
Sonnabend, d. 20. April 1918:
Schauspielgemeinde
Gyges und sein Ring.
Tragödie von Fr. Hebbel.
(Rote Karten.)
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Nr. 90
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag, den 18. April 1918

Nach dem Sturz Czernins.

Aus Berlin schreibt man uns:

Tschechen, Alldeutsche, Südslawen und der ententefreundliche Teil der Polen jubeln über den Sturz des Grafen Czernin. Und doch ist dieser vielgewandte Staatsmann nicht durch ihre gemeinsamen Anstrengungen gefallen, sondern durch die Mißgeschicke der abenteuerlichen und rätselvollen Kaiserbriefaffäre. Czernin ist gegangen, weil er von dem Briefwechsel seines Monarchen mit seinem Schwager, dem Prinzen Sixtus, erst aus den Veröffentlichungen der französischen Regierung etwas erfuhr. Hätte Czernin von diesem Briefwechsel, gleichviel wie sein Inhalt sei, etwas gewußt, so würde er sich wohl gehütet haben mit seinen gegen Clemenceau gerichteten Enthüllungen hervorzutreten, durch die der Stein erst ins Rollen gekommen ist.

Der junge Kaiser von Oesterreich war in einen tragischen Konflikt zweier Gefühlsreihen geraten, die uns beide nur sympathisch sein können: seiner leidenschaftlichen Friedensliebe und seiner Bündnistreue gegenüber dem Deutschen Reich. Die Völker Oesterreichs leiden unter dem Krieg noch viel schwerer als das deutsche Volk, und es war der glühende Wunsch des jungen Kaisers, ihnen den Frieden wiederzugeben. So kam es, daß er unter Ausnutzung seiner verwandtschaftlichen Beziehungen eine Friedensaktion anbahnte, von der die deutsche Regierung und seine eigene nichts wußten. Die Aktion mißglückte, sie hatte aber die Folge, daß die Franzosen mit der Behauptung hervortraten, Karl sei bereit gewesen, für die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich einzutreten. Diese Behauptung und die ganzen Irrungen und Wirrungen, die aus ihr entstanden sind, wären unmöglich gewesen, wenn der junge Kaiser nicht etwas unternommen hätte, wovon die Bundesgenossen und seine eigene Regierung nichts wußten.

Für den Nachfolger des Grafen Czernin ist das Programm schon in den neuesten Wiener Kaiser-Telegrammen gegeben, die das enge Bundesverhältnis zu Deutschland in der denkbar entschiedensten Weise betonen. Man kann sich nicht vorstellen, daß jetzt ein Staatsmann die Nachfolge übernehmen könnte, der sich nicht an diese Kundgebungen als Richtlinien seiner eigenen Politik halten wollte. Ein Minister des Aeußern, der in diesem Sinne zu handeln bestrebt ist, wird aber die österreichischen Feindschaften, die Graf Czernin auf sich geladen hat, in verstärktem Maße zu tragen haben. Er geht also gewiß keinen leichten Gang.

Mit der Erwartung, daß die ganze leidige Affäre zunächst zu einer neuen Festigung des Bündnisses führen werde, ist jene selbst noch nicht ganz erledigt. Die Erfahrungen der letzten Zeit dürfen nicht in den Wind geschlagen werden. Von den Schwierigkeiten und Fährlichkeiten der österreichisch-ungarischen Politik hat man bisher in Deutschland vielleicht doch nur eine unzureichende Vorstellung gehabt. Das Schlagwort von dem „gemütlichen Oesterreich" war allzu sehr im Schwange. Jetzt wird man vielleicht eher begreifen, daß die österreichische Politik mitunter einem jener Alpenseen gleicht, deren spiegelglatte Flut sich plötzlich in kochenden Wogendrang verwandelt. Die Schwierigkeiten und inneren Konflikte dieses Staates sind tief und führen oft ganz plötzlich zu unerwarteten Erscheinungen.

Und noch in einer anderen Richtung bedürfen die herkömmlichen Vorstellungen einer Korrektur. Man kann nicht die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einfach persönlich als „das Zweikaiserbündnis" auffassen und man kann nicht auf diesem Zweikaiserbündnis die politische Zukunft des Deutschen Reiches aufbauen. Wie ja ganz im allgemeinen die Zeiten vorbei sein sollten, in denen die Schicksale der Völker von Stimmungen, Anschauungen, Beziehungen, Nervenzuständen einzelner hochgeborener Persönlichkeiten abhängig waren. Der Gedanke, die auswärtige Politik der Staaten auf dynastische Freundschaften und Verwandtschaften einzustellen, ist von der Zeit längst überholt. Dazu sind die Entscheidungen über Völkerschicksale zu wichtig, ist das stromweise verflossene Blut zu kostbar. Auch der beste Wille und die edelsten Absichten sind nicht imstande, jene besondere Begabung und jene Summe von Erfahrungen zu ersetzen, die zu ernster Befassung mit Staatsgeschäften gehört.

Die Ausnutzung eines vollständigen Sieges in alldeutschem Sinne würde keine wirkliche Lösung bedeuten, sondern nur eine weitere Verwickelung. Deutschland braucht für seine Zukunft den allgemeinen Völkerbund, wenn aber dieser nicht zu erreichen ist, die Freundschaft möglichst vieler Völker, die es vor der Wiederkehr einer Lage wie der gegenwärtigen schützt.

Marinefragen vor dem Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß nahm seine Arbeiten am Dienstag vormittag wieder auf, um zunächst Marinefragen zu erörtern. Dem Ausschuß sind nur die fortlaufenden und die einmaligen Ausgaben überwiesen. Für die Verwaltung der Marine werden eine große Zahl neuer Stellen angefordert. Das Kriegsmarineamt hat eine Denkschrift über die Beamtenverhältnisse ausgearbeitet, die mit zur Beratung gestellt wird. — Abg. Noske bringt zum Ausdruck, daß die Neuforderungen nicht erfreulich sind, die Verwaltung müsse sich auf Sparsamkeit einrichten. Eine ganze Reihe Beamtenstellen können mit weiblichen Arbeitskräften besetzt werden, dann können die Kräfte einer großen Anzahl Männer besser zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft nutzbar gemacht werden. Die Wünsche der mittleren und unteren Beamten sind zweifellos berechtigt, soweit irgend möglich muß ihnen Rechnung getragen werden. Eine endgültige Regelung wird allerdings erst möglich sein, wenn wir unser ganzes Besoldungswesen auf eine neue Grundlage stellen. — Staatssekretär v. Capelle begründet dann die Notwendigkeit der Vermehrung der Beamtenstellen, die sich auf das notwendigste beschränken. Das Reichsmarineamt ist mit der Tendenz einverstanden, wo es angeht, weibliche Arbeitskräfte zu verwenden. Redner bespricht dann eingehend die Beamtenverhältnisse bei der Marine, die gegenüber anderen Ressorts unter ganz abnormen Verhältnissen arbeitet. — Abg. Frhr. v. Gamp tritt den Ausführungen des Abg. Noske bei, die Marineverwaltung muß gehalten werden, in großem Umfange Kriegsinvaliden aufzunehmen. — Abg. Dr. Struwe ist der gleichen Meinung und setzt auseinander, daß im Laufe des Krieges die Zahl der Beamten erheblich vermehrt worden ist, so daß an neue Bewilligungen nur mit der größten Vorsicht herangegangen werden kann. Eine Menge Mißhelligkeiten ließen sich beseitigen, wenn man endlich dazu übergehen würde, Beamten-Ausschüsse einzurichten. Redner bespricht dann die Spezialwünsche einer Reihe Beamtenkategorien. — Staatssekretär v. Capelle: Nach dem Kriege wird das Beamtenrecht geändert werden müssen. An Wohlwollen für die Beamten lasse es die Marineverwaltung nicht fehlen, aber sie könne für sich allein keine Beamtenausschüsse einsetzen. Auf keinen Fall könnte man aber solchen Ausschüssen das Recht zugestehen, in die Organisation der Betriebe hineinzureden. Auf die Kriegsinvaliden soll Rücksicht genommen werden, aber die vorhandenen Anwärter dürfen darunter nicht leiden. — Abg. Giebel (Soz.) kritisiert, daß in Kiel noch immer eine besondere Baudivision besteht, durch die teuere Kräfte nutzlos verwendet werden. Die Gründe des Staatssekretärs gegen Beamtenausschüsse sind nicht stichhaltig. Man dürfe sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß alle Weisheit nur von oben komme. In Ostende ist der Vorsitzende des Angestelltenausschusses mit 8 Mark Geldstrafe belegt worden, weil er während der Arbeitszeit eine Sitzung anberaumt hat. Daß es bei der Demobilisierung an Beamten fehle, treffe nicht zu, es sind genügend Beamte vorhanden, die noch auf eine etatsmäßige Anstellung warten. Die Klagen aus den Reihen der Beamten sind zahllos. Im Schiffsbau liegen die Verhältnisse besonders trostlos, dort müssen mehr etatsmäßige Stellen geschaffen werden. An das Wohlwollen des Staatssekretärs für die Beamten sei nach alten Erfahrungen schwer zu glauben. Böses Blut mußte es machen, daß man rechtmäßige Lohnaufbesserungen auf Kriegsbeihilfen angerechnet hat. Die Marineverwaltung ging sogar so weit, daß sie es ablehnte, mit den Vertretern der Angestellten in den besetzten Gebieten zu verhandeln, wiewohl bekannt sein muß, daß die Tagegelder in Flandern und in Kurland absolut ungenügend sind. Auf Eingaben der Beamten ist nicht einmal geantwortet worden. Daß das Reichsmarineamt sich immer wieder von Angestellten verklagen läßt und dann diese Prozesse stets bis zu der höchsten Instanz treibt, ist jedenfalls recht bezeichnend; meist wird das Reichsmarineamt verurteilt. Redner fragt, ob es richtig sei, daß die Absicht bestehe, die Marinebetriebe, insbesondere die Werftbetriebe, zu militarisieren. — Abg. Dr. Struwe ergänzt die Angaben des Vorredners noch durch eine Reihe von Beispielen und wendet sich scharf gegen die ablehnende Haltung des Staatssekretärs gegenüber der Errichtung von Beamten-Ausschüssen. In ganz untergeordneten Stellen werden sogar pensionierte Admirale verwendet. — Abg. Gröber (Z.) hält die Einwendungen gegen die Errichtung von Beamtenausschüssen als ganz unzutreffend. Eine Behörde müsse einmal den Anfang damit machen. Für die Dauer sei der Widerstand nicht aufrechtzuerhalten, denn der Beamte darf nicht schlechter gestellt werden als der Arbeiter. — Staatssekretär v. Capelle geht auf die Ausführungen des Abg. Giebel ein und versucht das Verhalten der Marinebehörden zu rechtfertigen. Die Arbeiter sollen bei der Gewährung von Kriegszulagen nicht anders behandelt werden, als die Arbeiter. Daß im Reichsmarineamt eine Prozeßsucht herrsche, sei unzutreffend. Die Vertreter der Arbeiter in Flandern konnten nicht empfangen werden, weil sie zum Operationsgebiet gehören, für das nur der dortige Admiral zuständig ist. Die Militarisierung der Werften ist bis jetzt nicht beabsichtigt. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts ist nicht berechtigt, Beamtenausschüsse einrichten zu können, zuständig dafür ist der Reichskanzler und das Reichsamt des Innern. Ein mittlerweile eingelaufener Antrag fordert die Streichung von fünf Intendanturräten und zehn Intendantursekretären. Gegen diesen Antrag wendet sich der Staatssekretär, der darin vom Abg. Boller (natl.) lebhaft unterstützt wird. — Abg. Gothein empfiehlt den Antrag, weil diese Stellen nur für die Uebergangszeit gebraucht werden. Werden sie aber jetzt bewilligt, dann bleiben sie für alle Zukunft. — Abg. Giebel bedauert die ablehnende Haltung des Staatssekretärs zu den Arbeiterausschüssen; der Reichstag müsse in dieser Frage den schärfsten Druck ausüben. Die Angestellten wollen nicht besser gestellt sein als die Beamten, aber sie fordern das, was ihnen zusteht. Die Verhältnisse der Angestellten in den besetzten Gebieten sind einfach unerträglich. Wie steht es mit der Versorgung der durch Fliegerangriffe Geschädigten und ihrer Hinterbliebenen? Für sie muß gesorgt werden.

Die Verhandlungen werden Mittwoch fortgesetzt.

Der Postetat vor dem Reichstage.

Bei einer geradezu dreiklassenhauswäßigen Besetzung des Saales beriet der Reichstag am Mittwoch den Postetat. Nach der ganzen Natur der Sache kann man dabei spannende Debatten oder gar aufregende Zwischenfälle nicht erwarten. Ein neuer Staatssekretär hat Herrn Krätke abgelöst, Herr Rüdlin, vordem Präsident der Eisenbahndirektion in Berlin. Gleich nach dem Berichterstatter nahm der neue Staatssekretär das Wort zu einigen Ausführungen über die Finanzen der Reichspost. Herr Rüdlin ist ein Schnellredner, wie es nicht allzuviele gibt, und da er über ein so nüchternes Thema zu sprechen hatte und dies noch außerdem recht eintönig besorgte, verlor er alsbald das Interesse, das kaum noch da war.

Die sozialdemokratische Fraktion griff mit dem Genossen Taubadel in die Debatte ein. Er beschäftigte sich in der Hauptsache mit den Fragen der Bezahlung, Behandlung und Dienstleistung des Heeres, der Beamten, Arbeiter und sonstigen Angestellten der Reichspost. Besonderes Augenmerk wandte er der Lage der Aushelfer zu; die Höhe ihrer Tagelöhne läßt es allerdings weniger überraschend erscheinen, daß

Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.

2. Fortsetzung.

Die Umsitzenden stimmten auch in die Klagen über die Schäfer ein, und jeder hatte zu erzählen, wie man seit des Erzvaters Jakob Zeiten, um ihrer sicher zu sein, ihnen einige Schafe als Eigentum bei der Herde halten muß, wie sie diese aber zu gewöhnen wissen, daß sie den andern stets das beste Futter wegfressen, wie sie den Hund abrichten, daß er nie ein Schäferschaf beißt, wie sie immer die besten und schönsten Lämmer haben und den Mutterschafen ihre nichtsnutzigen unterschieben; kommt dann der Herr dazu, so heißt es, wie das auch bei der natürlichen Mutter sein kann: es will noch nicht recht annehmen. Allerlei Schelmenstreiche von Schäfern wurden erzählt, und das Gespräch schien sich fast ganz hierin zu verlieren, bis es Diethelm wieder auf den Handel brachte, aber er zuckte zusammen, als der Steinbauer, nachdem er das eingeschenkte Glas ausgetrunken hatte, ruhig sagte, er handle nur um bar Geld.

„Bin ich dir nicht gut?" fragte Diethelm trotzig.

„Du bist mir gut, und daß du mir's bleibst, ist bar Geld das beste," sagte der Steinbauer und schob seine Tabakspfeife in den linken Mundwinkel, während er aus dem rechten den Rauch blies. Er sah dabei nochmal so listig aus.

„Ist dir mein Schwager, der Schäuflerdavid, auch nicht gut?" fragte Diethelm.

„Der Schäuflerdavid? Freilich, der ist auch gut. Wenn er sich verbürgt, kann ich bis Fastnacht mit dem Geld warten."

Diethelm hob hastig beide Achseln, wie wenn er etwas abschütteln müsse, dann lachte er laut und sagte: „Komm jetzt, wir wollen 'naus auf den Markt."

Der Steinbauer zog einen ledernen Geldbeutel, der dreifach verknüpft war, bezahlte, nahm seinen hohen Schwarzdornstock, der in der Ecke lehnte, und ging mit Diethelm.

Auf dem Schafmarkt stand in einer Doppelreihe Hürde an Hürde, darin die Schafe eng zusammengedrängt teils lagen, teils standen und wiederkäuten, alle aber waren lautlos, und das allezeit blöde Dreinsehen der Schafe hatte fast noch etwas Gesteigertes. Knaben mit flüssigem Zinnober in offenen Schüsseln liefen umher und gesellten sich zu Gruppen, wo mit lautem Geschrei und heftigen Gebärden gehandelt wurde. Händler stiegen in die Hürden, zogen den Schafen die Augenlider auf und schauten nach den Zähnen, andere bezeichneten mit einer in Zinnober eingetauchten Schablone die eingekauften und zählten dabei; dort sprang eine Herde lustig aus der geöffneten Hürde, sich in der wiedergewonnenen Freiheit überstürzend, überall war buntes, lebendiges Treiben. Der Schäfer Medard kam Diethelm entgegen und sagte, daß er noch nicht verkauft, aber sichere Hoffnung habe. Nun einigte sich Diethelm schnell mit dem Steinbauern, kaufte ihm seine Zeithämmel (jährige) ab und nahm auch die Braken dazu.

Er eilte mit dem Steinbauern in das Kaufhaus, ihnen vorauf lief das Gerücht, daß Diethelm bereits Schafe eingekauft habe und auch für die Wolle die besten Preise bezahle. Diethelm war aber noch nicht zum Wolleinkauf entschlossen, er hatte diesen Gedanken nur so in leichtfertiger Prahlerei hingeworfen, um zu verdecken, wie sehr es ihm zum Verkaufen auf den Nägeln brenne; jetzt wurde ihm das Vorhaben immer genehmer, und mit seltsamem Blicke betrachtete er seinen Genossen mit dem mehr als mannsgroßen Stocke, mit dem schlichten Anzuge und der selbstzufriedenen Miene; der wünschte wohl nicht, wie er, mit Wagen und Pferd in den Stuben umherzufahren; wie weit zurück lag ihm jetzt die Zeit, wo auch er stolz sein konnte, statt daß er jetzt, um sich nicht zu verraten, stolz tun mußte.

„Hast kein Fuhrwerk bei dir?" fragte Diethelm, worauf der Steinbauer erwiderte: „Nein, ich bin noch gut zuweg, mit dem Fahren hat's Zeit, bis ich alt bin."

Im Kaufhause sah Diethelm, daß die verpflichteten Wollsetzer seine Schlepper (Bliese) gut aufgesetzt hatten, sie standen an guter Stelle, nicht zu hell und nicht zu dunkel; seine spanische und seine Bastardwolle durfte sich sehen lassen. Sein nächster Nachbar war der Steinbauer, der sich darüber beklagte, daß er einen schlechten Platz habe; gerade neben der Feuerspritze und dem großen Wasserfasse, die unter der Treppe standen. Diethelm stand mit übereinandergeschlagenen Armen ruhig neben seiner Lammwolle, als hastigen Schrittes der Reppenberger kam. Alles Blut schoß Diethelm zu Kopfe, indem er dachte, daß er vielleicht auch einst als Unterhändler hier sich tummeln, sich abweisen und anfahren lassen müsse, während alles jetzt seine Nähe suchte und um seine Freundschaft buhlte. Diethelm war entschlossen, mindestens vom Steinbauern noch die Wolle einzukaufen. Zwar hatte er die Bürgschaft des Schwagers zu leichtfertig versprochen, aber der Steinbauer muß ihm vorderhand glauben, und dann will er noch heute all das Mitgebrachte und das Erkaufte in der Stille verkaufen, es sind dann drei Monate Zeit gewonnen, es gilt Luck silbern, es sind dann drei Monate Zeit gewonnen, es gilt Luck auf- und Luck zuzumachen, bis man den rechten Schick trifft, und der kann doch nicht ewig ausbleiben. Diethelm wurde auch hier schnell handelseins mit dem Steinbauern, und als nun andere sahen, daß dieser ihm das Seinige übergab, bestürmten sie ihn ebenfalls mit Anerbietungen. Er mehrte anfangs ab; er wollte nicht weitergehen. Aber vielleicht läßt sich gerade jetzt der rechte Schick machen, man darf ihn nicht aus der Hand lassen — die Hand Diethelms wurde brennend von dem öfteren Handschlag, er wußte fast gar nicht mehr, wieviel er eingekauft hatte, und der Reppenberger brachte neue und immer bessere Gelegenheiten mit Zahlungstermin auf Ostern oder noch weiter hinaus. Wie berauscht ging Diethelm von Stapel zu Stapel und wiederum hinaus auf den Schafmarkt von Hürde zu Hürde; ihm war's, als hätte alles Besitztum der Welt gesagt: ich will dein sein, du mußt mich nehmen.

Das Lärmen und Rennen um ihn her, das ferne verworrene Brausen des städtischen Marktgewühls, aus dem bisweilen einzelne Akkorde der Musik, die jetzt zum Tanze aufspielte, wie aus dem Stimmengedränge herausschlüpften, alles das machte einen sinnverwirrenden Eindruck auf Diethelm; bald lächelte er jedem, und sein Antlitz war hochgerötet, bald wurde er schlaff und verdrossen, und alles Blut wich daraus zurück. Auf einem Wollsacke, nicht weit von der großen Feuerspritze, die im Hofe stand, saß er mit entblößtem Haupte und gekreuzten Beinen, und sein Auge schaute hinein in die rote Schreibtafel, in die er sich seine Einkäufe nach Sorte usw. eingezeichnet hatte, um ihn her lagen in verschiedenen Papieren Wollproben. Diethelm fuhr sich mit der Hand über das Haupt, und er meinte, er spüre es, wie ihm die Haare jetzt plötzlich grauer werden. Eben kam der Reppenberger wieder und brachte einen Mann, der eine überaus feine und haartreue Wolle habe, da sei jedes Härchen von unten bis oben gleich und alles im Vlies gewaschen. Diethelm nebelte es vor den Augen, und er ersuchte den Reppenberger, vor allem einen guten Trunk Wein herbeizuschaffen: er fühlte sich so matt, daß er auf keinem Beine mehr stehen konnte, und besonders in den Knien spürte er eine unerhörte Müdigkeit. Er gab den Umstehenden wenig Bescheid und starrte hinein in seine Schreibtafel und sprach mit den Lippen lautlos die Zahlen vor sich hin. Vom Hauptturm der Stadtkirche bliesen eben die Stadtzinkenisten den althergebrachten Mittagschoral; sie standen eben auf der Westseite der Turmgalerie, und diese Posaunen und Trompeten strömten ihre langgezogenen Töne gerade zu Häupten Diethelms nieder. Er zuckte zusammen und schaute auf, als hörte er die Posaune des Jüngsten Gerichts vom Himmel herab; er fuhr sich mit der breiten Hand langsam über das ganze Gesicht, dann schaute er hell auf, der Reppenberger rief ihn. Der herbeigebrachte Wein richtete ihn bald wieder auf, und nun galt es, die begonnene Rolle mutig fortzusetzen. Die Stadtzinkenisten bliesen eben nach einer andern Himmelsgegend, und die Klänge schwebten wie verloren über dem lauten Marktgewühle. Einmal sprach er eifrig und ganz allein mit einem fremden Händler, und es verbreitete sich rasch die Sage, daß er im Auftrage dieses, der noch gar nichts eingekauft hatte, die Händel abtreibe. Diethelm merkte bald, daß sein Auftreten dem Markt eine ganz andere Wendung gegeben hatte; es kamen schon Unterhändler, die sich im Auftrage Ungenannter nach dem Wiederverkaufe erkundigten. Eine Weile stockte er und gedachte, mit mäßigem Gewinn darauf einzugehen, aber der Reppenberger hatte recht; jetzt, im hohen Verkehr, wo alles im Trab geht, kann man nicht hüben und rückwärts fahren; wenn alles vorbei ist, dann läßt sich ein guter Treffer machen, dann hat man die ganze Geschichte allein in der Hand, drum jetzt nur mutig vorwärts. Und immer neue Zahlen stellten sich in die Schreibtafel Diethelms, er hatte schon dreimal die Schreibtafel in die Tasche gesteckt und die Hand darauf gelegt mit der Versicherung, daß er sie nicht mehr herausnehme, und wenn er die Sachen halb geschenkt bekäme, er gehe nicht weiter ins Wasser, als er Boden habe; aber alles schrie über seine Bescheidenheit, so ein Mann wie er könne dreimal den Markt auskaufen. Dieser Ruhm stachelte ihn immer wieder aufs neue, denn er sah, wie seine prahlerischen Bescheidenheit ihm immer mehr Vertrauen an den Hals warf. Der Gedanke, wie sehr er dieses Zutrauen täuschte und vielleicht ganz betrüge, zuckte ihm wieder durch die Seele, aber jetzt fand er eine rasche Aushilfe: da ist der Steinbauer, der so heilig tut, wie ein frisch vom Himmel geflogener Engel, und ohne Widerrede gibt er einen geringeren Preis an, als er bekommt, und betrügt damit alle anderen. Aller Handel und Wandel ist auf Lug und Trug gestellt, ein bißchen mehr, ein bißchen weniger; und es kann ja wohl sein, es ist so viel als sicher, daß kein Mensch einen Heller verliert. — Die Leute zeigten einander, wie zuversichtlich und froh der Diethelm dreinsah, und beneideten ihn um den Haupttreffer, den er heute mache.

Fortsetzung folgt.

die Paketdiebstähle einen so ungeheuren Umfang angenommen haben. Not kennt kein Gebot . . .

Der Fortschrittler Hubrich, selbst ein Postbeamter, dankte den Staatssekretär für das Verständnis, das er im Gegensatz zu seinem Vorgänger für die Organisationen der Beamten und Arbeiter beweise. Ueberhaupt wurde im Gegensatz zu der sonstigen parlamentarischen Gewohnheit bei solchen Gelegenheiten des Herrn Krätke mit keinem Worte gedacht. Er ging dahin, unbeklagt und unbeweint, und mag sich nun im preußischen Herrenhause erholen.

Am Donnerstag geht diese Beratung weiter, außerdem stehen die Reichseisenbahnen auf der Tagesordnung.

Mittwoch, 17. April 1918.
247. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.

Am Ministertisch: Rüdlin.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des

Postetat.

Der Ausschuß beantragt neben der unveränderten Annahme des Etats eine Ergänzung des Besoldungsgesetzes, die eine Reihe von Gehaltsaufbesserungen bringt und das Besoldungsdienstalter der Post- und Telegrapheninspektoren und Hilfsreferenten bei den Oberpostdirektionen um drei Jahre erhöht.

Staatssekretär Rüdlin leitet den Etat als den ersten seiner Amtsführung mit einer kurzen Uebersicht der Ausgaben ein, für die im allgemeinen die Zahlen des letzten Friedensjahres die Grundlage bildeten; nur an einzelnen Stellen zeigt sich die dauernde Einwirkung des Krieges, vor allem bei den persönlichen Ausgaben und denen für das Fuhrwesen. Auch die Gehälter und Löhne sind erheblich gestiegen. Bei den Löhnen haben wir ganz allgemein die Parole ausgegeben, daß die Post- und Telegraphenarbeiter nicht schlechter gestellt sein sollen als in anderen staatlichen Betrieben. Die ausreichende Gestaltung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse wird stets Gegenstand der besonderen Fürsorge der Verwaltung sein. Das Personal hat im allgemeinen seine Schuldigkeit getan. Aber durch den langen Krieg ist die Widerstandskraft der Beamten geschwächt, und deshalb soll im kommenden Sommer zum ersten Male der Urlaub wieder ebenso wie im Frieden gewährt werden. (Beifall.) Wenn der Friede kommt, werden die Postbeamten genau wie früher ihre Schuldigkeit tun.

Abg. Racken (Zentr.): Den Beamten, die unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Pflicht getan haben, gebührt voller Dank. Geklagt wird viel über die Beraubung und den Verlust von Paketen. Die eingetretenen Bestrafungen beweisen, daß an diesem Mißstand nicht die Beamten, sondern das Hilfspersonal beteiligt ist. Der von der Post für geraubte oder verlorene Pakete geleistete Ersatz ist in der heutigen Kriegszeit zu gering und bedarf dringend der Erhöhung. Nach dem Kriege wird die Postverwaltung mehr Ueberschüsse wie früher herauswirtschaften müssen; deshalb begrüße ich, daß man die Straßenbahnen in den Dienst der Paketbeförderung stellen und die Lastautos stärker heranziehen will. Redner spricht des weiteren für Besserstellung einzelner Beamtenkategorien.

Staatssekretär Rüdlin: Ein großer Teil der sog. Postdiebstähle fällt der Post gar nicht zur Last. Viele Pakete werden schon gestohlen auf dem Wege von der Wohnung zur Post; unglaublich gestohlen wird auch auf der Eisenbahn, wo die Gelegenheit dazu günstiger ist als bei der Post. Natürlich will ich die Postdiebstähle keineswegs entschuldigen. Eine ganze Anzahl angeblich gestohlener Pakete gehören auch zu den unangebrachten, weil die Adresse abgegangen ist. Daß der Entschädigungsbetrag bei den heutigen Preisen nicht ausreicht, um den tatsächlich erlittenen Schaden zu ersetzen, gebe ich zu. Aber das ist kein Grund, das Gesetz zu ändern. Dem Gesetze nach wären wir im Kriege überhaupt berechtigt, jeden Schadenersatz abzulehnen. Daran denke ich natürlich nicht. Aber es wird erwogen, auf andere Weise den Interessen des Publikums entgegen zu kommen.

Abg. Taubadel (Soz.): Die Situation des neuen Staatssekretärs, der sein Amt mitten im Kriege übernommen hat, ist keine leichte, das erkennen wir an. Es ist im Postbetrieb viel zu verbessern. Man betrachtet den Postbetrieb heute leider als ergiebige Steuerquelle. Auch jetzt soll ja das Publikum durch Erhöhung der Postgebühren mit 125 Millionen jährlich belastet werden. (Hört, hört!) Die Anregung zu dieser neuen Verkehrsbelastung ist von der Rechten ausgegangen und die Regierung ist nur allzu schnell darauf eingegangen. — Die Zahl der Postdiebstähle hat sich in letzter Zeit wieder gesteigert, ein Zeichen der immer weiter sinkenden Moral. Die von der Post gewährte Entschädigung ist jedenfalls gänzlich unzureichend. Die betreffende Bestimmung stammt aus den 50er Jahren. Trotz der Geringfügigkeit der Entschädigung wurden im vergangenen Jahre über 3 Millionen Mark Entschädigungen ausgezahlt; das beweist, um welch ungeheure Summen das Publikum in der Tat durch diese Diebstähle geschädigt wird. Wie ist es mit dem Preß-Fernsprechverkehr zwischen Berlin und Wien? Ist der eigentlich gestattet und zu welchen Bedingungen? Unverständlich ist es, wie man es als Mißbrauch der Postfreiheit für Feldpostsendungen bezeichnen und die Betreffenden gar bestrafen kann, wenn auf Feldpostkarten von Bekannten des Absenders Grüße hinzugefügt werden! In einem solchen Falle wurde ein Feldgrauer und seine Braut zu je 15 Mark wegen Portohinterziehung bestraft. (Hört, hört!) Dagegen wurde ein Major, der Privatpakete portofrei versandte, nur höflich aufgefordert, das Porto nachzuzahlen. (Hört, hört!) — Den politischen Korruptionsfonds der Oberrechnungskammer haben wir glücklich beseitigt. Seine Einführung, falls sie beabsichtigt sein sollte, würde eine schwere Provokation der Polen bedeuten. Hoffentlich gelingt es dem neuen Staatssekretär, zu einem erträglichen Verhältnis zu seinen Beamten zu kommen. Bei sozialpolitischen Maßnahmen wird der Staatssekretär immer auf unsere bereitwillige Minderheit rechnen können. Dringend notwendig ist eine großzügige Besoldungsreform. Eine Einschränkung des Beamtenapparats kann erfolgen, durch bessere Arbeitseinteilung und vermehrte Einführung von technischen Neuerungen. Die Beförderungsverhältnisse müssen verbessert werden nach dem Grundsatz: Freie Bahn dem Tüchtigen. Bei Beschäftigung von Kriegsbeschädigten sollte die Postverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen. Unglaublich ist die Behauptung, daß über 40 Jahre alte Leute bei der Post keine Anstellung mehr finden sollen. Das wäre eine schwere Kränkung der Schützengrabenkämpfer. Die Zulagen für die Telegraphenarbeiter für Beschäftigung außerhalb des Wohnortes sind vielfach zu niedrig bemessen, daß man sie kaum als trinkgeld bezeichnen kann. Auch die Entlohnung und Behandlung der Aushilfskräfte läßt sehr viel zu wünschen übrig; Tagelöhne von 5, 4, selbst 3,50 Mk. entsprechen in keiner Weise den heutigen Verhältnissen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man sollte es diesen Hilfskräften doch nicht gar so sauer machen, ehrlich zu bleiben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ueberstunden müssen sie ohne Entschädigung machen. Vielfach haben sie über unangemessene Behandlung durch einzelne Beamte zu klagen. Sehr zu wünschen ist für diese Hilfskräfte eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Freigabe des Sonntags in regelmäßigen Zwischenräumen. Auch ein Urlaub von wenigen Tagen unter Fortgewährung des Lohnes sollte man wenigstens denjenigen Aushilfskräften gewähren, die schon Jahre lang Dienst tun. Ganz besonders mißlich liegen die Aushilfskräfte in bezug auf die Teuerungszulagen. Hier herrscht ein wirres Durcheinander, jede einheitliche Regelung scheint zu fehlen. Es müssen Zustände eintreten, daß auch bei Friedenseintritt die besten Aushilfskräfte gerne im Dienste bleiben. Geht es so weiter wie jetzt, so gehen die besten Kräfte beim Friedensschluß in die Privatbetriebe über. Den Schaden davon hätte die Postverwaltung und nicht zuletzt das Publikum. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Hubrich (Fp.): Die Lebensmittelzulagen der Post sind leider viel zu spät eingesetzt worden. Zu begrüßen ist dabei, daß man bei dieser Gelegenheit zum erstenmal die Organisationen der Beamten und Arbeiter gutachtlich gehört hat. Wenn der scharfe Ton der Beschwerdeführung und des Mißtrauens gegenüber den Beamtenvertretern eine Ära des Vertrauens und der positiven Mitarbeit dieser Berufe sein sollte, so würde dieser neue Geist in der Postverwaltung lebhafteste Befriedigung in der Beamtenschaft hervorrufen. (Sehr richtig! links.) Redner bringt des weiteren eine große Reihe von Wünschen einzelner Beamtenkategorien vor.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 3 Uhr: Postetat, Reichseisenbahnen.

Schluß 7½ Uhr.

Ernährungsfragen.

Staatssekretär v. Waldow über die Ernährungsfrage.

Im Staatshaushaltsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses wurde Beschwerde erhoben gegen die Bundesratsverordnung, deren § 1 die Landeszentralbehörden ermächtigt, den Fremdenverkehr in Kurorten zu beschränken. Der Staatskommissar für Volksernährung rechtfertigte diese Bestimmung. Im weiteren Verlaufe der Erörterung erklärte aber der Vizepräsident des Staatsministeriums, daß die Staatsregierung die Angelegenheit noch einmal prüfen werde, zumal da ihr diese auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Bundesratsverordnung vorher nicht vorgelegen habe.

Darauf begann die Beratung der Ernährungsfragen. Der Staatskommissar für Volksernährung, Staatssekretär v. Waldow, betonte, eine vollkommen befriedigende Lösung der Ernährungsfragen müsse an der Knappheit der Vorräte scheitern. Ob die Brotration aufrecht erhalten werden könne, hänge auch davon ab, was wir aus der Ukraine bekämen, aber es bestehe die größte Hoffnung, daß wir ohne erhebliche Notstände bis zur nächsten Ernte durchkommen. Die nach Oesterreich-Ungarn gelieferten Nahrungsmittelmengen seien nicht erheblich, und die seinerzeit dorthin gelieferten 4500 Tonnen Mehl seien bereits wieder in Rücklieferung begriffen. Der frühere ungarische Ernährungsminister habe zunächst das Prinzip des freien Handels aufrecht erhalten wollen, nach zwei Monaten aber war die Volksernährung vollkommen festgefahren, und der jetzige Minister nehme eine andere Stellung ein, so daß mehr Ordnung auch in die ungarischen Ernährungsverhältnisse hineinkomme. Die mangelhafte Fleisch- und Milchversorgung sei in erster Linie auf die schlechte Futtermittelernte, nicht aber auf die Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes zurückzuführen. Die paar Prozent Kühe, die abgeschlachtet wurden, spielten dabei gar keine Rolle. Ohne die seinerzeitige große Schweineabschlachtung würden wir nicht durchgekommen sein. Es habe sich ein Schleichhandelsgewerbe herausgebildet, das geradezu verheerend wirke. Es sei eine Schleichhandelsbörse entstanden, die Preisverzeichnisse versende. Es sei zu beklagen, daß die großen industriellen Werke sich gegenseitig überboten hätten durch Lieferung von Lebensmitteln an ihre Arbeiter. Jetzt sei die Sache so geregelt, daß er Industrieversorgungsstellen eingerichtet habe, an die die Werke sich zu wenden hätten, nachdem sie ihre Vorräte aufgebraucht haben. Die Industrieversorgungsstellen prüfen das Bedürfnis und liefern gegebenenfalls. Er habe keine Anträge auf Strafverfolgung gegen die Leiter von Kommunalverbänden und industriellen Werken gestellt. Der Neuköllner Fall sei zu seiner Kenntnis erst gekommen nachdem die Sache bereits bei der Staatsanwaltschaft anhängig gemacht war. Er habe allerdings die späteren Sachen an die Staatsanwaltschaft abgegeben. Des weiteren wies der Staatssekretär auf die Verteilungsregelung der Getreidevorräte der Ukraine zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn hin und bemerkte, daß für das nächste Jahr ein Abkommen in Vorbereitung sei, über das er nähere Mitteilungen noch nicht machen könne. Ob unsere Getreidehöchstpreise neu zu gestalten seien, darüber schweben noch Verhandlungen. Nach dem Friedensvertrag sei Rumänien verpflichtet, uns seine Getreideüberschüsse in den nächsten beiden Jahren zu verkaufen, und für die darauffolgenden fünf Jahre haben wir ein Vorkaufsrecht.

Allzu tröstlich klingt das gerade nicht, was uns Herr v. Waldow hier erzählt.

Kriegsbeschädigtenfragen.

Die freien Gewerkschaften für den Einstellungszwang zugunsten der Kriegsbeschädigten.

Die umstrittenste Frage auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist der von den Arbeitnehmern und von Kriegsbeschädigten selber lebhaft geforderte Einstellungszwang zugunsten der Kriegsbeschädigten. Sein Wesen besteht darin, daß sämtliche Arbeitgeber verpflichtet werden sollen, einen bestimmten Prozentsatz Kriegsbeschädigte bei sich einzustellen. Hier prallen die Klassen- und Interessengegensätze scharf aufeinander. Die Unternehmer versichern zwar, daß sie die Kriegsbeschädigten wieder einstellen würden, aber sie wollen dies nur als freiwillige Leistung auf sich nehmen. Die Arbeitnehmer und Kriegsbeschädigten betonen mit Recht, daß solche Freiwilligkeit Fiasko erleiden würde und der gesetzliche Zwang hier die einzig wirksame Lösung sei. Der „Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge" hat kürzlich mit ganz knapper Mehrheit sich gegen den Einstellungszwang ausgesprochen. Wie das „Korrespondenzblatt der freien Gewerkschaften" mitteilt, beruht dieses Abstimmungsergebnis lediglich auf dem Umstand, daß fast alle Vertreter der Arbeiter und Angestellten verhindert waren, an der entscheidenden Sitzung des Reichsausschusses teilzunehmen.

Die jüngste Vorständekonferenz der freien Gewerkschaften hat sich nun nochmals mit der Sache befaßt und nach einem Referat Bauers über die Vorgänge im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge, wie das „Korrespondenzblatt" mitteilt, einmütig beschlossen, **auch fernerhin für den gesetzlichen Einstellungszwang einzutreten.**

Aus der Partei.

Als „neuer Gewaltstreich" bezeichnet die unabhängige Presse mit der üblichen Entrüstung die geschäftlichen Vorgänge, die sich neuerdings in Düsseldorf abgespielt haben. Das dortige Zeitungsunternehmen der Partei, A. Gerisch u. Co. G. m. b. H., war durch einen groben Vertrauensbruch des Geschäftsführers Pfeiffer der Partei entrissen und den „Unabhängigen" in die Hände gespielt worden. Pfeiffer hatte zu diesem Zweck eine neue G. m. b. H. gegründet und sich zu deren Geschäftsführer bestellen lassen. Als solcher ließ er sich von dem Geschäftsführer Pfeiffer der Firma Gerisch u. Co., also von sich selbst, im Wege des Pachtvertrages das ganze Zeitungsunternehmen übertragen. Das tat er, ohne die Gesellschafter und seinen Mitgeschäftsführer, mit dem er nur gemeinsam Rechtsgeschäfte für das Unternehmen abschließen durfte, von dieser Schiebung auch nur zu benachrichtigen. Als diese gegen diesen unerhörten Gewaltstreich protestierten und den Einberufung einer Gesellschafterversammlung beantragten, lehnte das Pfeiffer ab und stellte anheim, die alte Gesellschaft aufzulösen. Als er auch eine erneute Aufforderung zur Einberufung einer Gesellschafterversammlung zur Regelung der Angelegenheit unbeachtet ließ, mußten die Gesellschafter und der zweite Geschäftsführer der alten Gesellschaft die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen. Dieses erließ eine einstweilige Verfügung, durch die der Schiebungspachtvertrag außer Kraft gesetzt und die alte Gesellschaft wieder in den Besitz des Unternehmens gesetzt wurde. Die Klage zur endgültigen Beseitigung des völlig rechtswidrigen Pachtvertrages schwebt. Damit ist der durch diesen famosen Pachtvertrag verübte unabhängige Gewaltstreich rückgängig gemacht und die Partei wieder in ihren rechtmäßigen Besitz eingesetzt. Das nennt man im unabhängigen Jargon: „Neuer Gewaltstreich". Die „Volkszeitung" in Düsseldorf erscheint nun wieder als Parteiblatt und wird von ihrem früheren Redakteur Genossen Gerlach, dem, als er schwer verwundet daniederlag, Pfeiffer in unabhängiger Zartheit und Rücksichtnahme die Entlassung übersandte, redigiert.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in Schweden. Die in Schweden seit 3 Wochen im Gange befindlichen Wahlen für die Provinziallandtage (Kreistage) sind jetzt abgeschlossen. Ein endgültiges Resultat liegt noch nicht vor, doch sollen nach „Politiken" die beiden sozialistischen Parteien zusammen 38 neue Mandate zu ihrem bisherigen Besitzstand erobert haben. An diesem Gewinn ist die Mehrheit mit 17, die radikale Minderheit mit 21 Mandaten beteiligt. Da von den Kreistagsvertretern die Mitglieder der Ersten Kammer gewählt werden, so scheint nach diesem Resultat auch die Wahl einer Anzahl Vertreter beider Parteien in die Erste schwedische Kammer gesichert zu sein. Unter den zu wählenden Vertretern der Linkssozialisten dürfte sich auch der Stockholmer Bürgermeister Lindhagen befinden, der bekanntlich bei den Wahlen zur Zweiten Kammer im Herbst durchfiel.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtstundentag in schwedischen Marinebetrieben. Der schwedische Marineminister Palmstierna, der der Sozialdemokratie angehört, hat auf Antrag des Werftarbeiterverbandes der schwedischen Marine sowie des Verbandes der Zivilarbeiter der Armee Schritte zur Einführung des achtstündigen Arbeitstages unternommen, der für die Angehörigen dieser Verbände und die mit ihnen gleichgestellten Arbeiterkategorien gelten soll. — Dagegen hat nach einer Meldung des amtlichen finnischen Pressebureaus aus Wasa die dortige finnische Regierung beschlossen, mit Rücksicht auf die Kriegslage das Inkrafttreten des Gesetzes über den achtstündigen Arbeitstag um 6 Monate zu verschieben. Der Beschluß erfolgte auf Antrag großer Holzfirmen.

Soziales.

Die Bremser an der Arbeit. Die große Kundgebung für Fortführung und Ausbau der Sozialpolitik, über die hier berichtet wurde, beginnt bereits den Widerstand der Scharfmacher zu erwecken. Ein ihnen zur Verfügung stehendes Korrespondenzorgan, die „Berl. Pol. Nachr.", stimmt zunächst die bekannte alte Leier an, daß die finanziellen Lasten der Sozialpolitik nach dem Kriege angesichts der Knappheit der Rohstoffe und mit Rücksicht auf die unsichere Zukunft unseres Außenhandels nicht würden getragen werden können, so daß „die Uebernahme neuer und großer sozialpolitischer Aufgaben schwerlich gutgeheißen werden könnte." — Die Scharfmacher wollen also immer noch nicht einsehen, daß der wichtigste „Rohstoff", für den es nach dem Kriege zu sorgen gilt, die menschliche Arbeitskraft, die Erzeugerin aller weiteren Werte, ist, und daß dieser kostbare Rohstoff nur durch das Mittel kräftiger Sozialpolitik vermehrt und veredelt werden kann. Aber das Scharfmacherorgan wartet noch mit einer zweiten Entdeckung auf: Die Forderung erhöhter Sozialpolitik nach dem Kriege gefährdet — den inneren Frieden! Auf der Kundgebung der Gesellschaft für Sozialreform waren u. a. auch Schlichtungseinrichtungen für Wirtschaftskämpfe gefordert worden. Hierzu schreibt das Scharfmacherorgan:

„Ganz abgesehen davon, daß es fraglich erscheint, ob in solchen Fällen die staatliche Schlichtungseinrichtungen ihren Aufgaben gewachsen wären, ist doch zu fragen, ob nicht ungleich schwere Konflikte dann entstehen müssen, wenn die sozialistischen Wünsche nur teilweise berücksichtigt werden könnten. Zum mindesten würde dadurch in weite Kreise der Bevölkerung eine Beunruhigung und Verstimmung hineingetragen, die den verantwortlichen Aufgaben, die mit dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege verbunden sind, keinesfalls zuträglich sein könnte."

Wie wäre es, wenn man gleich bestimmte: Mit Rücksicht auf die stark angegriffenen Nerven der Direktoren der Firma Daimler, der Wiesbadener Maschinenfabrik usw. darf in den nächsten drei Jahren das Wort „Sozialpolitik" überhaupt nicht ausgesprochen werden! Oder was ist sonst mit der „Beunruhigung und Verstimmung weiter Kreise" gemeint?!

Aus dem Gerichtssaal.

2,95 Mark für ein Pfund Zucker. Wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Zucker, Grieß und Erbsen und wegen Abgabe von Zucker ohne Bezugsschein hatte sich Weiß aus Berlin vor den Strafgerichten zu verantworten. Weiß hatte am 30. Mai 1917 192 Pfund Zucker zu 2,95 Mk. pro Pfund, 200 Pfund Grieß zu 2,10 Mk. und 200 Pfund Erbsen zu 2,60 Mk. pro Pfund verkauft. Während das Schöffengericht auf die gegen Weiß erhobene Anklage eine Geldstrafe von 150 Mk. für angemessen erachtete, erhöhte das Landgericht auf die Berufung der Staatsanwaltschaft die Geldstrafe auf 1000 Mk., da der Angeklagte den Höchstpreis für Zucker um 2 Mk., den für Grieß um 1,50 Mk. und den Höchstpreis für Erbsen um 1 Mk. pro Pfund überschritten habe. Weiß sei als Ausländer besonders verpflichtet gewesen, sich um die bestehenden Bestimmungen zu kümmern. Dieses Urteil griff Weiß mit der Revision beim Kammergericht an, welches aber das Rechtsmittel als unbegründet zurückwies.

Aus Nah und Fern.

Gewinne der Rüstungsindustrie. In der Sitzung des Aufsichtsrates der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin-Karlsruhe wurde beschlossen, die Generalversammlung auf den 11. Mai, 11 Uhr vormittags, einzuberufen. Nach den Abschreibungen von 2 000 000 Mk. auf das Grundstücks- und Gebäudekonto beträgt der Reingewinn für 1917 einschließlich des Vortrages aus 1916 12 970 081 Mark (im Vorjahre 12 665 870 Mk.). Zur Verteilung soll eine Dividende von 30 Proz. (i. V. 30 Proz.) und Rücklagen von 1 000 000 Mk. für allgemeine Kriegswohlfahrtszwecke vorgeschlagen werden.

Die Frau mit den zwei Männern. Der Krieg hat einer Bürgersfrau in der Mark zwei lebende Ehemänner beschert. Kurz nach Ausbruch des Krieges wurde der Landwehrmann Hermann L. aus Brügge, Kreis Soldin, als vermißt gemeldet. Da keine Nachricht mehr von L. anlangte, ging die Frau nach erfolgter Todeserklärung des ersten Mannes eine zweite Ehe mit dem dortigen Besitzer B. ein. Dieser Tage jedoch erhielt die Frau von ihrem ersten Gatten einen zärtlichen Brief, in dem er ihr mitteilte, daß er von den Russen in Sibirien interniert gewesen sei. Es sei ihm jetzt gelungen, nach Kurland durchzuschleichen und sich dort bei dem nächsten deutschen Kommando zu melden. Nun hat Frau B. zwei Ehemänner, die sie amtlich und gesetzlich durch das Standesamt erworben hat.

Kleiderbezugsscheine in Schweden. Die schwedische Regierung hat, wie „Berlingske Tidende", 14. April, aus Stockholm meldet, die Rationierung von Kleiderstoffen und fertigen Kleidern beschlossen. Jeder Verkauf solcher Waren ist verboten, bis eine Bestandsaufnahme stattgefunden hat, dann werden Bezugsscheine eingeführt.

Riesenbrand in Kanada. In Toronto brach nach einer Reuter-Meldung in einem Schlachthause des Union-Viehhofes ein Brand aus. Der Schaden wird auf 1 Million Dollars geschätzt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.